

Versöhnung, Spaltung und Dialog

Von der inneren Stimmigkeit des Friedens über das Wirken Friedrich Magirus' als Versöhner der Stadt bis zum Streit um Solidarität und Mitgefühl auf Leipziger Straßen.

ab Seite 20

GESELLSCHAFT

Der stille Versöhner

Zum Abschied von Friedrich Magirus, dem Mann am Runden Tisch der Revolution.

Seite 20

KOLUMNE

Frieden als Vollzug

Nicht Ende, sondern Wandlung: Warum Frieden aus der Praxis des Lebens entsteht

Seite 28

Editorial

Von René Loch

Liebe Leser*innen, in ungefähr andert-halb Jahren endet die letzte Amtszeit von Oberbürgermeister Burkhard Jung. In der Linkspartei hofft man offenbar, bis dahin einen deutschen Zohran Mamdani gefun-den zu haben, der die Amtsgeschäfte anschließend übernehmen kann. Am Tag nach dem Wahlerfolg des neuen New Yorker Bürgermeisters tauchten auf den Social-Media-Kanälen der Linkspartei verschiedene Beiträge auf, in denen man die Hoffnung äußerte, bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im kommen-den Jahr und bei der OBM-Wahl in Leipzig Anfang 2027 ähnliche Erfolge feiern zu können.

Doch wer soll es machen? Bei der ver-gangenen OBM-Wahl 2020 war Franziska Riekewald angetreten. Naheliegend wären auch Kandidat*innen wie der Bun-destagsabgeordnete Sören Pellmann oder Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke. Den Charme von Mamdani haben sie allesamt nicht, aber das lässt sich wohl von fast keinem beziehungsweise keiner Politiker*in in Deutschland behaupten. Denkbare wäre ja auch, dass sich Linke, Grüne und SPD auf eine gemeinsame Person einigen. 2020 wäre CDU-Kandidat Sebastian Gemkow fast ins Amt gekom-men. Seitdem ist die CDU in Leipzig noch stärker geworden.

Unklar ist auch, in welchem Zustand sich die Linke im nächsten Jahr befinden wird. Teile des sächsischen Landesver-bandes haben sich gerade erst von einem Israel-feindlichen Beschluss vom jün-gsten Bundeskongress der Linksjugend dis-tanziert. In Leipzig hingegen lehnt es die Parteispitze ab, zu Gruppen auf Distanz zu gehen, die das Hamas-Massaker am 7. Oktober gefeiert haben. Was wiederum auf wenig Verständnis bei prominenten Lokalpolitiker*innen stößt, allen voran Juliane Nagel.

Palästinasolidarität und der 7. Oktober sind übrigens auch eines der Themen im Schwerpunkt unserer Ausgabe. Wir wün-schen eine angenehme Lektüre. ■

Foto: Benjamin Weinkauff



Diesen Monat in der LZ

STADTRAT

Baumverluste, Bürgerbüros und Pkw-Stellplätze
Seite 4

THEMEN DES MONATS

Scheibholz: Trotz Halteverbots alles beim Alten
Seite 11

LVB: Kreischen, Rumpeln, Grollen
Seite 12

Nach Sachsens Platz 1 in der IQB-Bildungsstudie
Seite 14

Hobbymesse 2025
Seite 16

Leipzig ist total verliebt
Seite 18

RECHT + GERICHT

Vergewaltigung im Rosental vor über acht Jahren
Seite 25

KOLUMNEN

Konstanze Caysa, Jens-Uwe Jopp
ab Seite 26



BILD DES MONATS

Knuddel-Koala
klettert ins Leben

Große Freude über das kleine Kuschelwunder im Leipziger Zoo! Seit Mitte Oktober blinzelte ab und zu ein neugieriges Näschen aus dem Jungtierbeutel von Koala-Dame Erlinga. Erst ein Pfötchen, dann zwei. Ein Auge, ein zweites. Ein Köpfchen – und schnell zurück in die gemütliche Geborgenheit. Dieses Foto zeigt den Nachwuchs außerhalb des Mama-Beutels. ■

IMPRESSUM

LZ Medien GmbH

Bernhard-Göring-Straße 152, 04277 Leipzig
Tel.: 0341 3065-210, E-Mail: redaktion@l-iz.de
www.l-iz.de

Geschäftsführung: Robert Dobschütz
Amtsgericht Leipzig – HRB 31801

Redaktion

Lucas Böhme,
Konstanze Caysa
Jens-Uwe Jopp,
Ralf Julke, Jan Kaefer,
René Loch,
Benjamin Weinkauff

Satz und Layout

Henri Selbmann

Anzeigenleitung

Robert Dobschütz
Tel. 0341 2288918
r.dobschuetz@l-iz.de

Lektorat

Petra Dobschütz,
Sabine Eicker

Abonnements
und Leserservice
service@l-iz.de

VERSÖHNUNG,
SPALTUNG UND DIALOG

Zum Tod von Friedrich Magirus
Seite 20

Zwei Jahre nach dem
Hamas-Massaker
Seite 22

Radschnellweg: Schneller
nach Süden
Seite 24





Burgplatz hinter dem Leipziger Rathaus

KOMMUNALPOLITIK

Der Stadtrat tagte

Themen im Oktober waren u.a. Baumverluste, Bürgerbüros und Pkw-Stellplätze.

Von René Loch und Ralf Julke

Baumverluste werden viel Geld kosten

Wie kann Leipzig den Verlust von Bäumen in Parks, Grünanlagen und an Straßen eigentlich stoppen? Denn die veränderten klimatischen Bedingungen setzen auch Leipzigs Bäumen massiv zu, konfrontieren sie mit Hitze und monatelangen Dürrezeiten. Immer wieder muss das Amt für Stadtgrün und Gewässer eingreifen und in der Standsicherheit gefährdete Bäume entfernen. Und es kommt mit Nachpflanzungen nicht hinterher. Ergebnis, so die Grünen-Stadträtin Nicole Schreyer-Krieg: Ein Minus von 1.264 Bäumen in Leipzig allein im Jahr 2024.

Eine Zahl, die die Grünen auch nur deshalb haben, weil sie jedes Jahr aufs Neue

abfragen, wie es um den öffentlichen Baumbestand der Stadt steht. Die Stadt stellt diese Informationen bislang nicht zur Verfügung, will sich aber bessern, wie das Amt für Stadtgrün und Gewässer in seiner Stellungnahme zum Antrag der Grünen zugab. Man habe ja auch nichts gegen den Grünen-Antrag. Er läge voll auf der Linie, auf der die Stadt selbst arbeitet. Denn die Vermehrung des Baumbestandes im öffentlichen Raum ist allein schon ein zentraler Baustein in der Klimapassung der Stadt.

Das Problem ist nur: Baumpflanzungen kosten Geld. Geld, das im Budget des Amtes für Stadtgrün und Gewässer nicht ausreicht, wenn immer mehr Bäume in Parks und Straßen unter Dürre- und Hitzestress geraten. Die 1.000 zusätzlichen

Baumpflanzungen, die der Stadtrat eigentlich beschlossen hat, schafft das Amt für Stadtgrün und Gewässer deshalb nicht, stellte Schreyer-Krieg am 29. Oktober fest. Und 14.000 Baumscheiben im gesamten Stadtgebiet seien bis heute nicht wieder mit Bäumen bepflanzt. Das war unter anderem Ergebnis der letzten Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Stand beim Baumerhalt in Leipzig.

Im Grunde rannte die Fraktion mit ihrem Antrag offene Türen ein. Oder, um den CDU-Stadtrat Andreas Schultz zu zitieren: Das Anliegen ist längst Verwaltungshandeln. Denn auch im Grünflächenamt macht man sich Gedanken, wie man die notwendigen Baumpflanzungen irgendwie auf die Beine stellen will.



Foto: Jan Kaefer

Nicole Schreyer-Krieg, Bündnis '90/Die Grünen

„Ziel ist es, den Bestand an Bäumen in städtischen Grün- und Parkanlagen durch zeitnahe Ersatzpflanzungen an geeigneten Standorten zu sichern. Ersatzpflanzungen sollen dort erfolgen, wo dies aus baumphysiologischen und standörtlichen Gründen fachlich möglich und sinnvoll ist. Dieses Vorgehen trägt dem Anspruch Rechnung, den urbanen Baumbestand der Stadt Leipzig als wesentlichen Bestandteil der Klimaanpassung, Biodiversität und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Grün langfristig zu sichern“, hatte das Amt für Stadtgrün und Gewässer seine Haltung zu den Baumpflanzungen formuliert. Hatte aber darauf hingewiesen: „Die Umsetzung dieser Maßnahme erfolgt im Rahmen der derzeit zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die eventuell erhöhten Sachmittel sowie ein etwaiger zusätzlicher Stellenmehrbedarf werden im Zuge des Doppelhaushalts 2027/2028 unter Berücksichtigung der dann geltenden Rahmenbedingungen der Haushaltsaufstellung ermittelt und eingeplant.“

Womit das Amt auch den Vorstoß der Grünen bestätigte, dass die Stadt deutlich mehr Geld bereitstellen muss, um die

notwendigen Baumpflanzungen überhaupt finanzieren zu können. Wie viel genau, diese Frage ist noch offen. Denn im aktuellen, mit Ach und Krach genehmigten Doppelhaushalt steht dieses Geld nicht zur Verfügung. Weswegen das Grünflächenamt auf den Doppelhaushalt 2027/2028 verweist.

Die Grünen hatten zwar wesentliche Teile der Stellungnahme der Stadt in ihren neu gefassten Antrag übernommen. Aber Andreas Schultz hatte kurzerhand die Vorlage der Stadt zur Abstimmung gestellt. Eigentlich ein logischer Schritt. Der Stadtrat hätte dem einhellig zustimmen können, da es andere Handlungsspielräume unter den derzeitigen Haushaltsbedingungen gar nicht gibt. Und so sah es auch kurzzeitig aus, bis sich dann doch drei Fraktionen entschlossen, gegen die Verwaltungsvorlage zu stimmen.

Aber mit 33:23 Stimmen bei vier Enthaltungen bekam diese dennoch die notwendige Mehrheit. Mit den Haushaltsverhandlungen für 2027/2028 werden wir also erfahren, was die zusätzlich zu pflanzenden Bäume in Leipziger Parks und

Straßen kosten werden. Und ob die gnädige Landesdirektion bei diesem Finanzposten dann mitspielt.

Verwaltungs- bürgermeister verteidigt Bürgerbüro-Schließungen

Noch in diesem Jahr sollen die Bürgerbüros Böhlitz-Ehrenberg und Südwest-Zentrum schließen. Die Entscheidung, die am vergangenen Freitag mitgeteilt wurde, war Anlass für eine Dringliche Anfrage von CDU-Stadtrat Michael Weickert. In der Ratsversammlung am 29. Oktober verteidigte Verwaltungsbürgermeister Ulrich Hörning (SPD) seine Entscheidung.

Leipzig habe im Vergleich mit ähnlich großen Städten in Deutschland viele Bürgerbüros mit langen Öffnungszeiten. Aktuell sind es noch 13 Standorte. Laut Verwaltungsbürgermeister Hörning bedeuten die vielen Standorte aber auch enormen Organisationsaufwand und hohe Kosten. Nachdem der Stadtrat allgemein mehr Haushaltsdisziplin gefordert hatte, sei das nun eine konkrete Maßnahme. Warum

Foto: Jan Kaefer



Ulrich Hörning, SPD

diese beiden Standorte? Es sei möglich gewesen, zeitnah aus den Mietverträgen auszusteigen, die Nachfrage sei vergleichsweise gering gewesen und andere Bürgerbüros in Leutzsch beziehungsweise am Ratzelbogen seien nicht weit entfernt.

Doch genau die angebliche Nähe zu anderen Bürgerbüros war einer der großen Diskussionspunkte in der Ratsversammlung. Weickert verwies auf die jahrelangen Arbeiten an den Georg-Schwarz-Brücken, die die Verbindung zwischen Leutzsch und Böhlitz-Ehrenberg einschränken würden. Hinsichtlich der Situation im Südwesten wurde vielfach auf den Umbau in der Dieskaustraße hingewiesen. Einige Abschnitte sind abgeschlossen; andere folgen in den nächsten Jahren.

Dem von Lucas Schopphoven (CDU) geäußerten Vorwurf, dass der Eindruck entstehen könne, die Stadt ziehe sich aus den Randgebieten zurück, entgegnete Hörning, dass eben jene Baumaßnahmen das Gegenteil belegen würden. Kritik wurde auch aus den Fraktionen von Linken, Grünen und SPD geäußert. So bemängelte beispielsweise Grünen-Stadträtin Kristina

Weyh, dass die Maßnahmen nicht im Stadtrat diskutiert wurden. Während Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zumindest sagte, die Kritik anzunehmen, ließ Hörning durchblicken, auch künftig nicht anders handeln zu wollen. Solche Maßnahmen seien Verwaltungshandeln.

Weickert hatte auch gefragt, ob die „Große Eiche“ als neuer Standort für ein Bürgerbüro im Leipziger Westen geprüft wurde. Laut Verwaltungsdezernat gab es mehrere Vor-Ort-Besuche und das Ziel, die Bürgerbüros Böhlitz-Ehrenberg und Leutzsch in der „Großen Eiche“ zusammenzulegen. Doch „insbesondere die sicherheitsrelevanten Rahmenbedingungen genügen nicht den Mindestanforderungen“, heißt es aus dem Dezernat.

Ab Ende 2025 wird der Leipziger Westen zumindest auf dem Papier gegenüber anderen Gegenden deutlich benachteiligt sein. Während es in den drei östlichen und in den drei mittigen Stadtbezirken jeweils vier Bürgerbüros gibt, werden es in den vier westlichen Bezirken nur noch zwei Büros sein. Hinzu kommt der Mobile Bürgerservice, der künftig verstärkt in

Böhlitz-Ehrenberg zum Einsatz kommen soll.

Pkw-Stellplätze wichtiger als Grün für spielende Kinder

Es war eine krachende Niederlage, die am Mittwoch, 29. Oktober, nicht nur die Eltern aus der Kita in der Hohen Straße erlebten, sondern auch der komplette Stadtbezirksbeirat Mitte, für den dessen Mitglied Thomas Nörlich (SPD) eine profunde, sachliche und eigentlich überzeugende Rede hielt. Es ging um den geplanten Kita-Neubau in der Hohen Straße und die Frage, ob für die von der Stadt gewollten Stellplätze auch noch der halbe Innenhof geplant werden soll, sodass die Kinder nicht nur weniger Grün zum Spielen haben, sondern auch noch neben geparkten Autos spielen müssen.

Es war einer dieser Momente, in denen deutlich wurde, dass ganze Abteilungen im Rathaus nach wie vor eine profunde Autopolitik verfolgen und sich dabei bürokratisch hinter der Stellplatzsatzung der Stadt verstecken. Und eine Stadtratsmehrheit



Foto: Jan Kaefer

Thomas Nörlich, SPD

trägt dieses immer neue Ja zu Autos und Stellplätzen mit.

Dabei ging es im geplanten Bauprojekt in der Hohen Straße / Ecke Bernhard-Göring-Straße und im Antrag aus dem Stadtbezirksbeirat Leipzig-Mitte vor allem um eine Abwägung, die Thomas Nörlich den Ratsmitgliedern am 27. Oktober dringend ans Herz legte: Denn bei der dichten Beplanung des Grundstücks stand das Amt für Schule vor einer dringenden Abwägung zwischen Begrünungssatzung und Stellplatzsatzung. Und die Begrünungssatzung sieht sehr wohl vor, dass Stellplätze auch durch Ablöse ersetzt werden können.

„Es steht außer Frage, dass der Gebäudekomplex in der Hohen Straße 19–21 nicht mehr zeitgemäß ist. Ebenso besteht großer Bedarf an Plätzen in Jugendhilfeeinrichtungen und auch Sporthallen werden dringend benötigt. Der SBB Mitte regt jedoch an, mit wenigen Veränderungen die Rahmenbedingungen vor Ort deutlich zu verbessern – bevor der Baubeschluss verabschiedet wird“, formulierte der Stadtbezirksbeirat Mitte sein Anliegen. „Hinterfragt wird, ob auf die derzeit

vorgesehenen Kfz-Stellplätze auf dem Grundstück gänzlich verzichtet werden kann. Diese nehmen wichtige Freiräume für Aufenthalts- und Spielflächen weg, da dadurch der bisherige Krippengarten wegfallen würde.“

Dabei gibt es gerade hier noch eine richtig schöne Grünfläche. Richtig schönen Platz für die Kinder zum Spielen. Warum will die Stadt dann unbedingt noch Stellplätze auf den dann eh schon verkleinerten Freiraum quetschen? „Eine Besonderheit stellt der Kita-Garten dar, dessen Gestaltung und Aufteilung durch engagierte Eltern geschaffen wurde. Der Garten bietet nicht nur viel Platz zum Spielen und Toben, ermöglicht es den Kindern auch, Naturerfahrungen inmitten der pulsierenden Stadt zu erleben – ganz im Sinne des Sächsischen Bildungsplanes“, stellte der Stadtbezirksbeirat mit seinem Prüfantrag fest.

„Im Sinne der doppelten Innenentwicklung der Stadt Leipzig ist es aus Sicht des SBB Mitte nicht zu verantworten, wertvolle Freifläche mit altem Baumbestand für zusätzliche Parkflächen im Innenhof einer Kita und eines Hortes zu opfern.

Auch wenn das Mittel der Stellplatzablöse nicht die erste Wahl sein sollte, so ist sie doch in der Abwägung insbesondere bei der Errichtung von sozialen Einrichtungen im urban verdichteten Raum auch durch die Stadtverwaltung selbst in Betracht zu ziehen.“ Ob überhaupt so viele Stellplätze benötigt werden, stellte Nörlich auch infrage. Gerade hier, mitten im Wohnquartier, ist nicht zu erwarten, dass die Eltern mit Auto vorfahren.

Aber in seiner Stellungnahme stellte sich das Amt für Schule stur. Sie machte in behördlichen Deutsch klar, dass Platz für Autos in der Leipziger Verwaltung höher gewichtet wird als Platz für spielende Kinder.

„Die Anzahl der notwendigen Stellplätze ergibt sich aus der Stellplatzsatzung der Stadt Leipzig und ist für ein genehmigungsfähiges Bauvorhaben Grundlage für die Planung. Für die in der Hohen Straße angedachten 5 Nutzungsbereiche (Kita, Hort, Tagesgruppe, Wohngruppe und Sporthalle) sind entsprechend der anzuwendenden Verwaltungsvorschrift zur Sächsischen Bauordnung (VwVSächsBO)



Foto: Jan Kaefer

Juliane Nagel, Die Linke

sowie der Satzung der Stadt Leipzig über die Stellplatzpflicht (Stellplatzsatzung) 11 Stellplätze auf dem Grundstück nachzuweisen. Im Interesse des Erhalts möglichst großer Grünflächen konnte aufgrund der guten Anbindung an das ÖPNV-Netz die Stellplatzverpflichtung um ca. 30 % verringert und die Anzahl auf 8 Stellplätze, davon 2 Behindertenstellplätze reduziert werden. Eine weitere Verringerung ergibt sich auch nicht durch die am 26.06.2025 beschlossene, aber noch nicht bekanntgemachte, Fassung der Stellplatzsatzung“, erklärte das Amt für Schule.

Obwohl der Antrag aus dem Stadtbezirksbeirat deutlich auf die Abwägung hinwies. Die Stadt kann alle diese Stellplätze durch eine Stellplatzabläse ersetzen. Doch das Amt für Schule argumentierte lieber, dass genau das nicht ginge. Kein Wunder, dass in Leipzigs Innenstadt immer mehr Grün verloren geht. Bürokratie kann stur und unbarmherzig sein, wenn sie sich an Paragraphen hält.

„Grundsätzlich sind notwendige Stellplätze auf dem eigenen Grundstück

herzustellen. Eine Ablöse von Stellplätzen ist nur in Ausnahmefällen möglich, falls die Herstellung der Stellplätze tatsächlich nicht bzw. nur unter unzumutbaren Umständen möglich ist, anwendbar. Die Anlieferung und die Behindertenstellplätze sind dabei zwingend auf dem eigenen Grundstück nachzuweisen. Da nachweislich Flächen für eine Sicherung der Stellplätze auf dem eigenen Grundstück vorhanden sind, kann einer Ablöse auch aus Gründen der Gleichbehandlung gegenüber privaten Dritten nicht zu gestimmt (sic!) werden“, erklärt das Amt für Schule.

„Gemäß § 49 SächsBO sind Stellplätze und Garagen, Fahrradabstellplätze sowie Gebäude für Fahrradabstellplätze in dem erforderlichen Umfang auf dem Baugrundstück oder in zumutbarer Entfernung davon auf einem geeigneten Grundstück herzustellen, wenn dessen Benutzung für diesen Zweck rechtlich gesichert ist. In der Aufgabenstellung für den Realisierungswettbewerb Ersatzneubau Hohe Straße wurde die Anforderung formuliert, dass die bauordnungsrechtlich erforderlichen Pkw-Stellplätze und

Fahrradabstellanlagen sowie die Küchenandienung auf dem Baugrundstück zu planen sind. Und dies wurde im Wettbewerb und in den anschließenden Planungsphasen berücksichtigt. Aus städtischer und vor allem funktionaler Sicht der verschiedenen Nutzungen ist es erforderlich, die bauordnungsrechtlich erforderliche Anzahl an Pkw-Stellplätzen, die aufgrund der ÖPNV-Anbindung bereits reduziert wurden, zwingend auf dem Grundstück zu berücksichtigen.“

Eine Argumentation, die sich – wie man lesen kann – im Kreis dreht. Und der dann am 29. Oktober die Stadtratsmehrheit auch folgte. Der Antrag des Stadtbezirksbeirats Mitte, für den Thomas Nörlich geworben hatte, wurde mit 8 : 36 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt.

Wohnungslose sollen an Kommunalwahlen teilnehmen dürfen

Bislang sind wohnungslose Menschen in Sachsen von den Kommunalwahlen ausgeschlossen. Das möchte Leipzig ändern

– möglichst schon zur Oberbürgermeisterwahl Anfang 2027. Eine entsprechende Initiative der Linksfraktion hat in der Ratsversammlung am 29. Oktober eine große Mehrheit gefunden. Bei den Wahlen für Landtag, Bundestag und Europaparlament dürfen wohnungslose Menschen mitmachen. Sie müssen sich dafür rechtzeitig ins Wählerverzeichnis eintragen lassen. Bei der jüngsten Bundestagswahl haben das 29 von derzeit geschätzt 1.000 wohnungslosen Menschen in Leipzig getan.

Leipzig wird sich nun bei der sächsischen Landesregierung dafür einsetzen, dass das künftig auch bei kommunalen Wahlen möglich ist, also für Stadtrat, Ortschaftsrat und OBM-Amt. Einem entsprechenden Verwaltungsvorschlag, der weitgehend auf einem Linken-Antrag beruht, hat die Ratsversammlung mit großer Mehrheit zugestimmt. Nur aus der BSW-Fraktion kamen Enthaltungen und Gegenstimmen. Warum, blieb unklar.

Linken-Stadträtin Juliane Nagel wies darauf hin, dass in fast allen Bundesländern schon möglich sei, was in Sachsen bislang nicht ermöglicht wurde. Zudem würde die Zahl der Wohnungslosen immer weiter steigen. Wichtigstes Anliegen bleibe, Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit zu beenden. Im Gegensatz zu Obdachlosen haben Wohnungslose zwar keine eigene Wohnung, aber zumindest Möglichkeiten, überdacht zu schlafen.

Die Linksfraktion hatte auch beantragt, dass beispielsweise die Stimmabgabe per Briefwahl auch in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe ermöglicht werden soll. Dem setzte die Verwaltung rechtliche Bedenken entgegen: Die Stadt dürfe nicht selektiv die Wahlbeteiligung von bestimmten Personengruppen fördern. Nagel akzeptierte das Argument und stellte den leicht abgewandelten Verwaltungsvorschlag zur Abstimmung.

Ob die sächsische Gemeindeordnung in absehbarer Zeit entsprechend geändert wird, ist ungewiss. „Gemäß Koalitionsvertrag der sächsischen Regierungsparteien ist eine Novellierung der Gemeindeordnung zwar geplant, jedoch mit einer anderen Zielstellung“, schreibt die Verwaltung. Laut Nagel gibt es aber auch Parteien, die auf Landesebene Druck machen.

CDU-Antrag gegen Tempo 30 scheitert knapp

Die Anträge der CDU-Fraktion im Leipziger Stadtrat, die Verhängung von Tempo 30 im Stadtgebiet zu verhindern, sind mittlerweile Legion. Die Argumente, welche die Fraktion vorbringt, sind fast immer dieselben. Und sie haben mit der Realität meist wenig zu tun. Auch wenn das so klingt, wenn CDU-Stadträtinnen und AfD-Stadträte am Rednerpult der Ratsversammlung über ausgebremsten Verkehr und fehlende Flüssigkeit klagen. An einer Stelle, an welcher der Stadtrat überhaupt keine Weisungsmacht hat.

So geschehen wieder am 29. Oktober, als der Antrag der CDU-Fraktion „Reibungsloser und leichtgängiger Verkehr in Leipzig“ zum Aufruf kam. Klingt erst mal gut. Könnte eigentlich jeder Verkehrsteilnehmer zustimmen, egal, ob Autofahrer, Handwerker, Radfahrer, Fußgänger oder Straßenbahnnutzer. Nichts ist schöner, als wenn es im Verkehr einfach flutscht und man schnell und ohne großes Warten da hinkommt, wo man hin will.

Nur: Das ist in Leipzig mit der wachsenden Zahl von Kraftfahrzeugen und dichterem Verkehr schwieriger geworden. Nicht durch umgebaute Straßen, wie AfD-Stadtrat Udo Bütow andeutete, der auch gleich noch behauptete, er würde das Schwarz-Weiß-Denken auflösen, wenn er sein Plädoyer für flüssigeren Autoverkehr hält. Denn um nichts anderes ging es im CDU-Antrag, den CDU-Stadträtin Sabine Heymann am 29. Oktober begründete und dabei ebenfalls die längst auch durch Studien widerlegten Argumente vorbrachte, warum durchgängig Tempo 50 auf den Hauptstraßen den Verkehr flüssiger machen würde und die Nebenstraßen vom Durchgangsverkehr entlasten würde.

Im CDU-Antrag klang das so: „Die Stadtverwaltung hat sowohl der Leichtgängigkeit des überörtlichen Verkehrs, des Öffentlichen Personennahverkehrs und der Pendlerverkehre als auch der Verkehrssicherheit in den sensiblen Bereichen Rechnung zu tragen. Hauptverkehrsstraßen dienen ausdrücklich dazu, Ortsteile und Leipzig in die Region hinaus zu verbinden. Dazu sind sie zumeist auch mit

Bundesstraßen belegt. Im STEP Verkehr und öffentlichen Raum haben wir dazu das Straßenhauptnetz aufgenommen. Durch die Leichtgängigkeit des Verkehrs im Hauptstraßennetz wird sichergestellt, dass die Nebenstraßen und -zonen vom Durchgangsverkehr weitgehend entlastet werden. Dies dient der Verkehrssicherheit, dem Lärmschutz sowie der Minimierung der Emissionswirkung im enger bebauten Verkehrsraum.

Im Hauptstraßennetz wird zum größten Teil auch der ÖPNV abgewickelt. Mit Ausweitung der Einführung von 30 km/h-Strecken sind dann auch Bus und Bahn gezwungen, diese Geschwindigkeitsbegrenzung einzuhalten. Um dann weiterhin die gleiche Fahrgastzahl bewältigen zu können, müsste eine dichtere Taktung erfolgen. Damit sind mehr Bahn- und Buskörper erforderlich und ebenfalls noch mehr Fahrer. Beides ist mit zusätzlichen Kosten und einer weiteren Belegung mit Fahrzeugen im beschränkten Verkehrsraum verbunden.“

Der Hinweis auf den ÖPNV war dann schon ein deutliches Ablenkungsargument. Frei nach dem Motto: Wenn der Kraftverkehr auf 30 km/h abgebremst wird, wird auch der ÖPNV ausgebremst. Belege dafür gibt es aber nicht. Wobei Sabine Heymann so ehrlich war zuzugeben, dass der CDU-Antrag reine Klientelpolitik war. Immerhin.

In die Entscheidungshoheit des Stadtrates gehört das Thema sowieso nicht. Denn zur Ausweisung von Richtgeschwindigkeiten ist allein die Straßenverkehrsbehörde zuständig. Und die muss sich zwingend an die StVO halten, wie die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Kristina Weyh, nach einem Moment der Sprachlosigkeit feststellte. Denn das war ja nun wirklich nicht der erste Antrag, mit dem die CDU-Fraktion versuchte, in die Arbeit der Straßenverkehrsbehörde hineinzufunkeln.

Dabei gibt die StVO enge Grenzen vor, innerhalb derer Kommunen wie Leipzig überhaupt Tempo 30 an Hauptstraßen verhängen dürfen. Und das führte das Mobilitäts- und Tiefbauamt (MTA), zu dem die Straßenverkehrsbehörde gehört, in seiner Stellungnahme auch akribisch aus: „Nach Straßenverkehrsordnung gilt innerhalb geschlossener Ortschaften automatisch



Foto: Jan Kaefer

Sabine Heymann, CDU

Info

➔ Die LZ-Partnerzeitung L-IZ.de wird wie gewohnt live aus der nächsten Stadtrats-sitzung berichten, die Ergebnisse der einzelnen Beratungen finden Sie immer ab dem Nachmittag des Sitzungstages im Netz unter www.l-iz.de

eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h. Dies bedarf entsprechend auch keines kommunalen Beschlusses.

Zulässige Abweichungen nach unten wie nach oben sind ebenfalls durch die StVO normiert und bedürfen verkehrsrechtlicher Anordnungen (VrAO), die durch die Straßenverkehrsbehörde nach Prüfung und Abwägung aller Belange zu erlassen sind und die nicht der Beschlussfassung oder des Beschlussvorbehalts des Stadtrates unterliegen.

Mit der novellierten StVO gibt es neue Anordnungsgrundlagen für Geschwindigkeitsbeschränkungen (Tempo 30), insbesondere in Bezug auf Hauptverkehrsstraßen, Spielplätze und viel genutzte Schulwege. Daneben wird der Abstand zwischen zwei bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen, der für eine Harmonisierung der Geschwindigkeitsregelung und zur Verbesserung des Verkehrsflusses erforderlich ist, von höchstens 300 m auf nun bis zu 500 m verlängert. Die neuen Vorschriften werden entsprechend auch in der Stadt Leipzig angewandt.

Durch die Novellierung der Straßenverkehrsordnung erfolgte zum einen ein Wandel der Entscheidungskriterien. Die Sicherheit geht nun der Flüssigkeit des Verkehrs vor. Zum anderen wäre das Festhalten an der angehobenen Geschwindigkeit in Hinblick auf die gewollte Geschwindigkeitsreduzierung in Städten, der ‚Vision Zero‘ sowie unter den Gesichtspunkten der stetigen Lärm- und Abgasreduzierung sowie des Klimaschutzes nicht mehr verhältnismäßig.“

Am Lärmthema hängte sich dann auch Udo Bütow auf. Und auch wenn Verkehrslärm in Leipzig in den Nebenstraßen nicht gemessen wird, sondern nur berechnet, wie Sabine Heymann betonte, gibt es längst ausführliche Untersuchungen dazu, wie stark Tempo 30 den Lärm auch auf Hauptstraßen mindert. Weshalb der Hinweis des MTA auf den Lärmaktionsplan richtig ist: Wo es – besonders nachts – zu laut ist, kann die Straßenverkehrsbehörde Tempo 30 anordnen. Ob sie das macht, liegt ganz allein in ihrem Ermessen und den eng gefassten Bedingungen der StVO. Und die Fraktionsvorsitzende der Linken,

Franziska Riekewald, benannte dann den Punkt, der die autoverliebten Fraktionen derzeit so auf die Palme bringt. Denn die novellierte StVO stellt eben nicht – wie von Heymann und Bütow gewünscht – die empfundene „Flüssigkeit“ des motorisierten Verkehrs in den Mittelpunkt, sondern die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer. Weshalb Thomas Kumbernuß (Die PARTEI) in seinem kurzen Beitrag auf die finnische Hauptstadt Helsinki verwies, wo die fast flächendeckende Verhängung von Tempo 30 dazu geführt hat, dass es keine Verkehrstoten mehr gibt.

Denn logischerweise werden mit Tempo 30 auch Bremswege kürzer, Unfälle weniger heftig, der Verkehr wird übersichtlicher für alle Verkehrsteilnehmer. Leiser übrigens auch. Die von Bütow und Heymann vorgebrachten Argumente stimmen schlichtweg nicht. Und Franziska Riekewald fand dafür ein deutliches Wort: „Das ist reiner Populismus.“ Was nicht bedeutet, dass eine Menge Stadträte den falschen Argumenten nach wie vor Glauben schenken. Ziemlich knapp wurde der Antrag der CDU-Fraktion mit 29:32 Stimmen abgelehnt. ■



Foto: Privat

Der zugeparkte Rennbahnweg am Clara-Zetkin-Park am 18. und 19. Oktober.

POLITIK

Trotz Halteverbots alles beim Alten

Die Situation zum Flohmarkt an der Rennbahn Scheibenholtz.

Von Ralf Julke

Flohmärkte grassieren in Leipzig. Es vergeht kaum ein Wochenende, an dem nicht irgendwo einer stattfindet. Mal am Festgelände, mal auf der Agra, mal an der Feinkost und immer wieder auch an der Pferderennbahn im Scheibenholtz. So auch am 18. und 19. Oktober. Mit allen Begleitumständen, die hier auch schon in der Vergangenheit beobachtet wurden. Der Rennbahnweg war wieder zugeparkt auf voller Länge. Trotz der aufgestellten Halteverbotschilder der Stadt. Als würden solche Schilder niemanden wirklich interessieren.

Dabei standen sie zum ersten Mal da. Denn mit einer Petition hat es Thomas Gentsch schon thematisiert, welche Konflikte die parkenden Autos am Clara-Zetkin-Park verursachen.

Und auch sehr genau beschrieben, was da abgeht: „An Tagen mit Flohmarktveranstaltungen herrschen an der Pferderennbahn chaotische Zustände, hervorgerufen durch rücksichtslos und ordnungswidrig parkende KFZ-Besitzer. Autos werden auf Grünflächen oder Fußwegen abgestellt, Durchfahrten blockiert sowie Beschilderungen und Straßenmarkierungen missachtet. Verbleibende Durchfahrtbreiten für Feuerwehr und Rettungsdienste dürften fraglich sein.“

Die Situation unterhalb der Brücke an der Rennbahn ist durch mehrere sich kreuzende Fuß- und Radwegeverbindungen generell unübersichtlich. Unrechtmäßig abgestellte KFZ erhöhen die Unfallgefahr deutlich, es kam in der Vergangenheit wiederholt zu gefährlichen Situationen und Beinahe-Zusammenstößen.

Der Schutz der Grünflächen ist leider auch an ‚normalen Tagen‘ notwendig, da auch dann oft KFZ einfach auf diesen abgestellt werden und die bereits jetzt vorhandenen Schäden sich immer weiter ausweiten. Auch hier werden die vor einiger Zeit aufgestellten Halteverbotschilder systematisch ignoriert.“

Die Stadt hat inzwischen reagiert. Davon zeugen die Halteverbotsschilder, die dort seit dem 18. Oktober das Halten und Parken untersagen. Nur sah es an diesem Wochenende wieder genau so aus wie gehabt: „Trotz komplett ausgeschildertem HALTE!-verbot (was der Stadt auch sicherlich Kosten verursacht hat), ist alles, komplett alles bis in die Parkwege hinein zugeparkt“, schreibt uns ein Leser und hat auch gleich die schönen Herbstlichtbilder mitgeschickt, die



Trotz Halteverbotsschilds zugeparkt: der Rennbahnweg beim Flohmarkt am 18. und 19. Oktober.

den Zustand am Rennbahnweg zeigen. „Ordnungsamt o.ä. – Fehlanzeige, scheinbar ist diese Situation den Stadtobere völlig egal, oder die Kfz-Lobby hat alles unter Kontrolle. Die Stimmung ist wohl: ‚Hey, ich mache, was ich will,

Konsequenzen brauche ich ja nicht zu fürchten, hier in Sucksen.‘ Es bleibt Fassungslosigkeit.“

Vielleicht aber lässt sich das Problem mit einem einfachen Halteverbot nicht lösen.

Denn Flohmärkte leben eigentlich davon, dass die Händler oft aus der ganzen Region anreisen und ihre Ware im Auto transportieren. Wohin also mit dem Auto, wenn man die Ware ausgeladen hat?

Ganz offensichtlich ist der Platz an der Rennbahn in dieser Hinsicht völlig ungeeignet für Flohmärkte, weil er schlicht die logistischen Grundbedingungen nicht bieten kann und der Konflikt mit den Parkbesuchern, die zu Fuß und mit Rad unterwegs sind, offensichtlich ist.

Eigentlich gibt es genügend andere etablierte Orte in Leipzig, um Flohmärkte zu veranstalten. Sie müssen nicht an der Rennbahn stattfinden. Das Thema dürfte auch im Stadtrat wieder auftauchen. Gerade deshalb, weil das Instrument eines Halteverbots so gar nicht zu funktionieren scheint. ■

MOBILITÄT

Kreischn, Rumpeln, Grollen

Was tut Leipzig gegen den Straßenbahnlärm?

Von Ralf Julke

Leipzig ist laut. Dazu tragen auch die Straßenbahnen bei, die durch die Stadt donnern, rumpeln und quiet-schen. Auch wenn die Hauptlärmquelle nach wie vor der Kfz-Verkehr ist. Aber gerade wer in der Nähe von Hauptstraßen wohnt, bekommt auch den Lärm der Straßenbahnen mit. Erst recht im Sommer, wenn man sowieso schon alle Fenster aufreißt, weil die Hitze brütet. Da lag es eigentlich nahe, einmal eine Petition zu schreiben, die die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) dazu auffordert, endlich etwas für leisere Straßenbahnen zu tun.

Genau das tat Felicitas Möde, die ihrer Frustration über den Straßenbahnlärm mit kräftigen Pinselstrichen Ausdruck verlieh: „Müssen Straßenbahnen wirklich wie ein Donnerrollen durch unsere Stadt fahren? In vielen Stadtteilen Leipzigs – ob in Sellerhausen, Reudnitz, Plagwitz oder Lindenau – hören Anwohnende mehrmals pro Stunde das Kreischn in

den Kurven, das Rumpeln über Weichen und das Vibrieren der Wände, wenn eine Bahn vorbeirauscht. Besonders nachts raubt das den Schlaf und die Nerven. Manche Straßenbahnen hört man kommen, bevor man sie sieht – und noch lange, nachdem sie schon vorbei sind.

Lärm macht krank. Das ist wissenschaftlich belegt. Er fördert Schlafstörungen, Bluthochdruck, Konzentrationsprobleme und seelische Erschöpfung. Besonders Kinder, Ältere und sensible Personen leiden unter dauerhaftem Verkehrslärm.“

Andere Städte, so betont sie in ihrer Petition, würden ja zeigen, dass es auch anders geht.

„In Zürich fahren Bahnen nahezu geräuschlos über modernisierte Gleise. In Freiburg oder Wien werden geräuschdämpfende Fahrwerke und Schmieranlagen eingesetzt. In Kopenhagen ersetzt

nachts ein stiller Busverkehr die lauten Schienenfahrzeuge.“

Und so machte sie gleich ein paar Vorschläge, was da in Leipzig getan werden könnte:

1. Tempolimits für Straßenbahnen in reinen Wohngebieten und während der Nachtstunden
2. Schienenschleifen, Schmieranlagen und bessere Wartung, insbesondere in Kurven und an Weichen
3. Anschaffung moderner, geräuscharmer Straßenbahnfahrzeuge
4. Ersatz von nächtlichen Straßenbahnen durch leisere Busverbindungen, wenn technisch möglich
5. Einrichtung einer Beschwerdeplattform für Straßenbahnlärm, mit öffentlicher



LVB-Tatra-Straßenbahn im abendlichen Verkehr.

Rückmeldung und Umsetzungsbericht

„Wir Leipziger*innen stehen zum öffentlichen Nahverkehr – aber nicht auf Kosten unserer Gesundheit“, betont die im Juni eingereichte Petition. „Leise Mobilität ist machbar und längst überfällig.“

Straßenbahnlärm ist Teil des Lärmaktionsplans

Am 29. Oktober dürfte die Petition im Stadtrat zum Aufruf kommen. Aber das Amt für Umweltschutz erklärte in seiner Stellungnahme schon sehr ausführlich, dass die LVB daran arbeiten würden, die Lärmbelastung durch die Straßenbahnen zu mindern. Durch Kauf neuer Straßenbahnen, durch Schienenschleifen, Schmieranlagen und bessere Wartung.

Außerdem sei die Belastung der Leipziger durch Straßenbahnlärm sogar zurückgegangen in den vergangenen Jahren: „Die

Lärmbelastung durch den Straßenbahnverkehr wird von der Stadt Leipzig regelmäßig alle 5 Jahre durch die gesetzlich vorgeschriebene Lärmkartierung erfasst. Die Ergebnisse der Lärmkartierung, zuletzt 2022 durchgeführt, können auf der Webseite der Stadt Leipzig in einer eigens dafür erarbeiteten Anwendung eingesehen werden.

Leider sind die Ergebnisse der Lärmkartierung 2022 aufgrund geänderter Berechnungsvorschriften seitens des Gesetzgebers nicht mit den vorangegangenen Lärmkarten vergleichbar. Eine zusätzliche Berechnung nach der alten Methodik hat aber gezeigt, dass die Betroffenenzahlen sowohl ganztags (> 65 dB(A)) als auch nachts (> 55 dB(A)) im Vergleich zu 2017 erheblich abgenommen haben. Dennoch sind weitere Maßnahmen zum Schutz vor Straßenbahnverkehrslärm erforderlich, welche u. a. auch Gegenstand der im Juni 2025 in der

Ratsversammlung beschlossenen 3. Fortschreibung des Lärmaktionsplans sind.“

Zwei Punkte aus der Petition sah das Amt für Umweltschutz für überhaupt nicht umsetzbar an – ein Tempolimit für Straßenbahnen und den Ersatz der Straßenbahnen in den Nachtzeiten durch Busse. Einen solchen Buspark haben die LVB gar nicht, um die Menge der Fahrgäste zu übernehmen, die – auch in den Abendstunden – mit der Straßenbahn unterwegs sind.

Das Anliegen der Petition sei ja schon Verwaltungshandeln. Und der Petitionsausschuss des Stadtrates folgt dem auch.

Was den Kummer jener Leipzigerinnen und Leipziger natürlich nicht mindert, die in der Nähe der Hauptstraßen wohnen und vom Lärm tatsächlich betroffen sind. Leisere Straßenbahnen wären da wirklich ein Traum. ■



Grafik: IQB

Prozentuale Anteile von Neuntklässler:innen mit und Neuntklässler:innen ohne
Zuwanderungshintergrund im Jahr 2024 und im Trend (Tab. 7.1, S. 271)



Land	ohne Zuwanderungshintergrund	mit Zuwanderungshintergrund									nicht zuzuordnen
		insgesamt ¹			2. Generation			1. Generation			
		gültige % ²	gültige % ²	+/- 2018-2012	+/- 2024-2018	gültige % ²	+/- 2018-2012	+/- 2024-2018	gültige % ²	+/- 2018-2012	+/- 2024-2018
Baden-Württemberg ³	51.0	49.0	13.4	6.9	16.8	7.4	-3.4	14.3	2.8	7.7	4.9
Bayern ³	62.0	38.0	3.9	9.6	11.5	1.6	-0.1	13.0	1.0	7.8	14.7
Berlin	46.6	53.4	-	6.7	17.3	-	-1.0	17.6	-	8.2	8.7
Brandenburg	82.2	17.8	3.9	5.9	2.5	1.3	0.1	8.3	2.9	3.7	3.5
Bremen ³	38.7	61.3	-	11.9	20.4	-	-4.0	23.6	-	13.8	8.7
Hamburg ^{3,5}	47.8	52.2	-	-	20.0	-	-	15.1	-	-	8.4
Hessen	48.1	51.9	8.0	8.0	19.4	2.0	-0.6	17.9	4.1	8.5	7.7
Mecklenburg-Vorpommern ³	85.6	14.4	1.5	5.0	1.9	0.5	0.1	8.0	1.6	3.5	3.8
Niedersachsen	63.2	36.8	10.5	3.6	13.5	3.4	-0.5	13.3	4.4	5.5	4.4
Nordrhein-Westfalen ^{3,4,5}	52.1	47.9	4.6	10.0	19.0	1.0	0.7	14.3	1.4	8.6	18.3
Rheinland-Pfalz ^{3,4,5}	59.6	40.4	8.4	7.1	14.6	4.0	-0.7	13.3	2.7	7.2	20.6
Saarland ^{4,5}	59.9	40.1	-	7.5	13.1	-	-0.5	15.1	-	7.4	24.8
Sachsen	88.2	11.8	1.6	0.3	3.1	1.2	0.4	4.2	0.7	0.6	12.7
Sachsen-Anhalt	85.7	14.3	5.7	1.8	2.5	1.5	-0.3	7.6	3.3	2.5	3.5
Schleswig-Holstein ^{3,4}	71.0	29.0	5.2	6.9	8.3	1.1	0.5	10.7	2.3	6.1	4.2
Thüringen	85.2	14.8	2.3	4.8	2.0	1.0	-0.3	8.1	2.2	4.2	3.1
Deutschland ^{3,4,5}	60.1	39.9	6.7	6.8	13.8	2.4	-0.8	13.2	2.3	6.9	11.0

Ohne Zuwanderungshintergrund: beide Elternteile sind in Deutschland geboren.
2. Generation: Beide Elternteile sind im Ausland geboren, die/der Schüler:in selbst ist in Deutschland geboren. 1. Generation: Sowohl beide Elternteile als auch die/der Schüler:in sind im Ausland geboren.
¹ umfasst Schüler:innen mit einem im Ausland geborenen Elternteil, Schüler:innen der 2. Generation und Schüler:innen der 1. Generation.
² gültige % = Prozentangaben beruhen nur auf Angaben der Schüler:innen, die eindeutig zuzuordnen sind.
Die Befunde stehen für das Jahr ³2012, ⁴2018, ⁵2024 aufgrund eines Anteils von 20–30 % fehlender Daten unter Vorbehalt.
Fett gedruckte Differenzen sind statistisch signifikant (p < .05).

Pressekonferenz zum IQB-Bildungstrend 2024

26

Schüler in den Bundesländern nach Zuwanderungshintergrund.

BILDUNG

Nach Sachsens Platz 1 in der IQB-Bildungsstudie

Wenn Kultusminister nicht mal verstehen, was tatsächlich falsch läuft.

Von Ralf Julke

Da war Sachsens Kultusminister Conrad Clemens riesig froh, als sein Ministerium am 16. Oktober vermelden konnte: „Sachsens Neuntklässler gehören zu den besten MINT-Schülerinnen und -schülern in Deutschland. Das sind die Ergebnisse des IQB-Bildungstrend 2024, der im Auftrag der Kultusministerkonferenz vom Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) erstellt und heute in Berlin vorgestellt wird.“

Und überall waren die sächsischen Neuntklässler deutlich besser als alle anderen. Ist Sachsen also wieder einmal Primus? Wenn das so eindeutig wäre.

„Sachsen belegt in allen untersuchten fachspezifischen Kompetenzen den ersten

Platz und liegt damit überall signifikant über dem deutschen Mittelwert (Mathematik: 511 Punkte, Durchschnitt aller Bundesländer: 474 Punkte; Naturwissenschaften: 505 – 513 Punkte, Durchschnitt aller Bundesländer: 471 – 477 Punkte)“, freute sich das Kultusministerium.

„Insgesamt sind die erbrachten Leistungen allerdings in allen Bundesländern gesunken. Eine Entwicklung, die zeigt, dass Pandemie, Lehrkräftemangel und gesellschaftliche Umbrüche Spuren hinterlassen haben.“

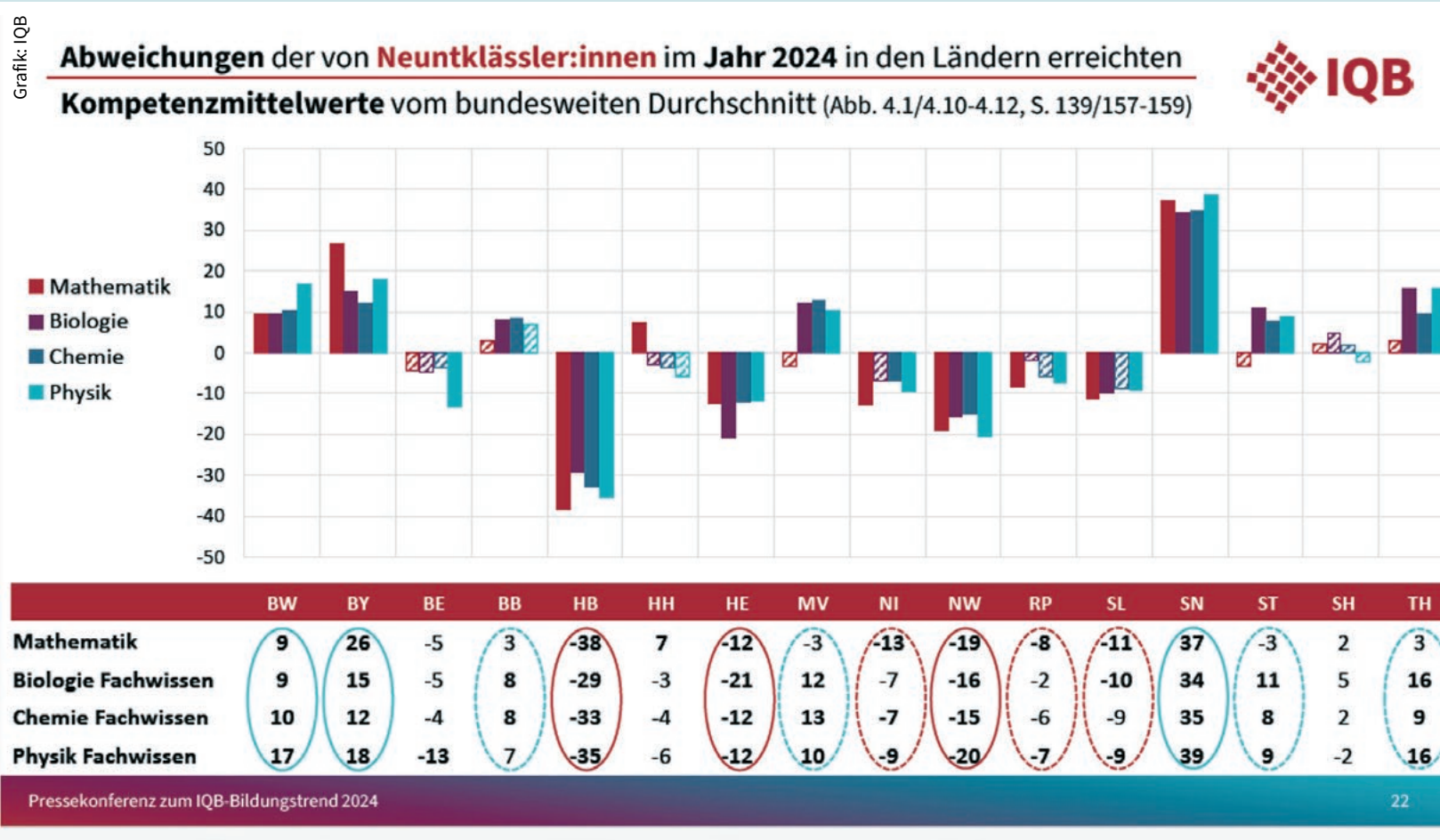
Falscher Zungenschlag Migration

Was Kultusminister Conrad Clemens zu den Worten animierte: „Wir müssen uns bei

dieser Generation entschuldigen. Corona, Lehrermangel, Migration, Handys – viel zu schultern für unsere Schülerinnen und Schüler. Dass Sachsen trotzdem mit gleichem Abstand an der MINT-Spitze steht, ist unseren herausragenden Lehrkräften in Sachsen zu verdanken.“

Das sagt der Mann einfach so hin. Als wäre der Lehrermangel nicht selbstverschuldet, auch wenn dafür vor allem seine Vorgänger im Amt des Kultusministers verantwortlich waren. Aber Migration? Hat der Mann nicht nachgedacht beim Sprechen?

Wer auf die IQB-Auswertung schaut, sieht natürlich, dass Migration eine wesentliche Rolle spielt bei den Ergebnissen. Aber sie ist keine Belastung für die Schüler, so



Abweichungen der Neuntklässler vom bundeswediten Durchschnitt in der IQB-Untersuchung.

wie das bei Clemens anklingt. Denn ein wachsender Anteil der Schüler hat ja nun einmal Migrationshintergrund.

Nur: Das deutsche Bildungssystem reagiert darauf so gut wie gar nicht. Lässt die Lehrerinnen und Lehrer damit oft allein. Was dazu führt, dass gerade die Bundesländer mit hohem Anteil von Kindern aus migrantischen Familien im Test besonders schlecht abschneiden. Allen voran Bremen, NRW, Hessen und Niedersachsen.

Wenn es an Fähigkeit zur Sprache mangelt

Dass das einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Länderergebnisse hat, betont auch das IQB: Die Ergebnisse korrelieren direkt mit dem Anteil der Schüler mit Zuwanderungshintergrund. Und das hat nichts mit ihren geistigen Fähigkeiten zu tun. Denn die schlechten Ergebnisse in den „naturwissenschaftlichen Fächern (auch bei Jugendlichen mit Fluchterfahrung) lassen sich zu großen Teilen auf geringere Deutschkenntnisse zurückführen.“

Eine Feststellung, die ja über die Kinder mit Zuwanderungshintergrund hinaus-

geht: Auch die deutschen Schüler, die in Naturwissenschaften schlecht abschneiden, verfügen oft genug nicht über ausreichende Deutschkenntnisse. Ohne Sprache kein Verständnis. Auch nicht für Naturwissenschaften.

Die Kultusminister wissen also sehr genau, wo sie ansetzen müssten. Tun es aber nicht.

Das sächsische Kultusministerium verweist dann auch noch auf die anderen Untersuchungsteile der IQB-Studie: „Neben fachlichen Tendenzen untersucht die Bildungsstudie ebenfalls das Lern- und Sozialverhalten von Jugendlichen. Auch hier zeigen sich Auffälligkeiten. Das Interesse an den MINT-Fächern ist im Vergleich zum letzten Untersuchungszeitpunkt 2018 spürbar zurückgegangen, ebenso die Verbundenheit mit der eigenen Schule. Zugleich geben mehr Schülerinnen und Schüler an, Schwierigkeiten im Umgang mit Konflikten zu haben. Auch psychosoziale Auffälligkeiten treten häufiger auf.“

Darüber hinaus verfolge Sachsen mit dem „Bildungsland Sachsen 2030“ eine

langjährige angelegte Strategie zur verbesserten Kompetenzvermittlung im Unterricht. Praxisnahes Lernen, digitale Bildung und individuelle Förderung stünden gleichermaßen im Fokus, so das Kultusministerium. Und das Maßnahmenpaket zur Unterrichtsversorgung solle zudem sicherstellen, dass Unterricht landesweit verlässlich stattfindet.

Genau das aber passiert nicht, wie schon die Bildungsgewerkschaft GEW feststellte.

Tatsächlich verteilt das Paket nur die Probleme schön gleichmäßig im Land, verschlechtert also die Situation dort, wo sie bislang noch einigermaßen gut war. Die neue IQB-Studie zeigt im Grunde, dass alle Ansätze zur Lösung der Bildungsprobleme im Land falsch waren, von falschen Prämissen ausgingen.

Und dass Kultusminister bis heute nicht begriffen haben, dass es bei Schule zuallererst um Sprache und Verständnis geht. Wenn man diese Ausbildungsteile ignoriert und vernachlässigt, bekommt man ein Bildungssystem, dass Scheitern regelrecht produziert. ■



Auch das Messemännchen schaute beim Hobby Horsing auf der Hobbymesse Leipzig vorbei.

SPORT

Hobbymesse 2025

Trendsport Hobby Horsing zündet auch in Leipzig.

Von Jan Kaefer

Es ist verlängertes Wochenende – und es ist Hobbymesse in Leipzig. Rund 470 Aussteller und 70 Vereine und Initiativen setzen alles daran, dass die Schau auf dem Messegelände zum generationsübergreifenden und vielfältigen Mitmacherlebnis wird. Neben Brettspielen, Basteleien, Modellparcours und sogar einer echten Schmalspurlokomotive, sticht diesmal ein junger sportlicher Trend heraus: Das Hobby Horsing.



Links: Anja Greiner-Adam (Reit- und Fahrverein Eibenstock e.V.) erklärt Hobby Horsing auf der Hobbymesse Leipzig 2025.

Mitten in der lichtdurchfluteten Glas-halle hat der Reit- und Fahrverein Eibenstock 1930 e.V. die Wettkampfflächen für den „Hobby Cup“ aufgebaut. Sieht aus wie beim echten Reitsport, nur ein paar Nummern kleiner. Denn beim Hobby Horsing benötigen die Pferde nur sehr wenig Platz. Sie bestehen ja lediglich aus einem Plüschkopf, der auf einem Stecken befestigt ist. Entsprechend müssen die meist sehr jungen Sportlerinnen und Sportler den Wettbewerb auch auf den eigenen Beinen absolvieren.

„Beim Hobby Horsing soll das Reitelement nachgeahmt werden“, erklärt Anja Greiner-Adam, die in dem Eibenstocker Verein im Vorstand sitzt und als mobile Reittrainerin auch Hobby Horsing lehrt. „Daher haben wir auch beim Hobby Horsing Lektionen, die wir vom Reitsport her kennen, wie Gangart-Verstärkung, starker Trab, starker Galopp, versammelter Galopp, Rückwärtsrichten, Piaffen und Passagen.“

Im Wettbewerbsgeschehen komme es deshalb darauf an, wie korrekt die einzelnen Lektionen ausgeführt werden. „Wir schauen dabei nach der Körperspannung der Teilnehmer, ob zum Beispiel die Fußspitzen richtig gestreckt sind. Wir schauen auf künstlerische Elemente, also Platzaufteilung im Viereck, wie passend sind die Bewegungen zu der ausgewählten Musik und wie sind die Übergänge?“

Wie eng das Hobby Horsing tatsächlich mit dem „echten“ Reiten verzahnt ist, zeigt auf der Hobbymesse auch die Tatsache, dass bei den Wettkämpfen des „Hobby Cup“ jeweils ein Wertrichter aus dem Reitsport und ein Wertrichter

aus dem Hobby Horsing gemeinsam ein fachkundiges Auge auf die Vorführungen richten. Sie schauen ebenfalls danach, ob das „Steckenpferd“ den Regularien entspricht. Es muss nämlich mindestens 300 Gramm wiegen und der Stab darf nicht länger als 35 Zentimeter sein.

Rund 200 Sportlerinnen und Sportler mit gut 500 Startplatzreservierungen werden das gesamte Wochenende über in verschiedenen Leistungsklassen ihr Können zeigen. Unter anderem dabei sind auch die Deutsche Meisterin Dressur, die Tschechische Meisterin und zahlreiche weitere Akteure, die bereits internationale Wettkampferfahrung mitbringen. Von Spitzensport bis Spaßwettkampf ist für alle Niveaus etwas dabei.

Vor allem das unterste Niveau wird zum Thema Hobby Horsing gern von außenstehenden Spöttern bedient. Zu solchen abwertenden Kommentaren hat Anja Greiner-Adam eine klare Meinung: „Jeder, der sich über Hobby Horsing lustig macht, soll es bitte selbst einmal ausprobieren. Denn die meisten hören nach noch nicht mal einer Minute auf, weil einfach die Kondition nicht da ist. Wer es wirklich mal ausprobiert, sagt oft: ‚Wow, das haben wir völlig unterschätzt, es braucht ja so viel an Ausdauer, Kraft und Koordination, das ist richtig anstrengend‘.“

Zur Veranschaulichung: Unter anderem steht ein Hochspringen-Wettkampf auf dem Programm, bei dem in der Vorführung acht bis zehn Hindernisse von jeweils 1 Meter Höhe überwunden werden müssen. Das entspricht etwa der Höhe einer Leichtathletik-Hürde bei den Männern.

„Ich habe eine ganz große Hochachtung vor der sportlichen Leistung“, bestätigt Greiner-Adam. Denn was auf den ersten Blick vielleicht wie ein übermütiger Freizeit-Gaudi wahrgenommen wird, hat für die Kinder und Jugendlichen einen echten praktischen Nutzen. „Unsere Hobby-Horse-Sportler verbessern damit tatsächlich ihr Reiten. Sie sind koordinierter und haben mehr Ausdauer. Durch das Hobby-Horsing kann man diese Fähigkeiten und Bewegungsmuster trainieren, bevor die Kinder überhaupt aufs Pferd steigen“, erklärt die Trainerin.

Und es ist natürlich auch eine finanzielle Frage. „Der Kostenfaktor ist ein ganz großes Thema, denn viele können sich den Reitsport nicht mehr leisten. Hobby-Horsing ist daher deutlich günstiger.“ Die Investitionen beschränken sich hier hauptsächlich auf einen guten Sportschuh und das Hobby Horse. Letzteres ist als Einstiegsmodell bereits ab zirka 50 Euro zu bekommen. Für professionellere Exemplare sind dann schon um die 200 bis 400 Euro erforderlich.

Fakt ist, der Hobby Horsing Boom ist in Deutschland und auch in der Leipziger Region angekommen. So wurde vor zwei Jahren der Deutsche Hobby Horsing Verband e.V. (DtHHV) gegründet. Im vorigen Jahr ist auch ein Landesverband für Mitteldeutschland entstanden, der inzwischen ➔ German Hobby Horse Association – Landesverband Mitteldeutschland (GHHA-LVMD) heißt. Wer in Leipzig Hobby Horsing ausprobieren möchte, kann das – außer auf der Hobbymesse – auch bei ➔ „Dr. Horse“ auf der Galopprennbahn Scheibenholz. ■



Fotos: Jan Kaefer



KULTUR

Leipzig ist total verliebt

Knuddel-Koala klettert ins Leben!

Von Benjamin Weinkauff



Der erste Lebensabschnitt besteht nun aus Schlafen, Trinken und Wachsen. Etwa sechs Monate bleibt der Winzling im Verborgenen. Erst wenn das Baby kräftig genug ist, beginnt es, aus seiner Höhle zu schauen.

für stolze 99 Euro. Allerdings ist die Liebe zu den australischen Beuteltieren so groß, dass das Lager bei „Steiff“ derzeit leer ist.

Doch in erster Linie steht es um die lebenden Bestände nicht gut. Rodungen verringern den Lebensraum, Straßenbau führt zu mehr Verkehr, dem die gemütlichen Vielschläfer nicht gewachsen sind. Hinzu kommt der Klimawandel. Eukalyptus ist die einzige Nahrungsquelle der Koalas. Viele Sorten dieser Pflanze besitzen Eigenschaften, die sie zur Brand-Gefahr machen: Ihre Blätter enthalten sogenannte „flüchtige ölige Verbindungen“ (VOCs), die leicht entflammbar sind. Das Unterholz und herabgefallene Blätter begünstigen die Ausbreitung von Waldbränden. Die Koalas verbrennen in ihrem natürlichen Lebensraum bei lebendigem Leib.

Durch die Mitgliedschaft im Europäischen Erhaltungszuchtprogramm trägt der Zoo Leipzig zum Überleben der Koalas bei.

Das Koala-Haus befindet sich nur wenige Meter vom Eingang des Zoos entfernt, gegenüber vom Aquarium im ehemaligen Affenhaus. Das Gebäude wurde 1901 errichtet und gehört somit zur historischen und bildgebenden Bausubstanz des Zoologischen Gartens. 2016 wurde das Gebäude umgebaut und als Koala-Haus mit großzügigem Gehege für die aus Australien stammende Tierart neu eröffnet. ■

Große Freude über das kleine Kuschelwunder im Leipziger Zoo! Seit zwei Wochen blinzelte ab und zu ein neugieriges Näschen aus dem Jungtierbeutel von Koala-Dame Erlinga. Erst ein Pfötchen, dann zwei. Ein Auge, ein zweites. Ein Köpfchen – und schnell zurück in die gemütliche Geborgenheit. Auch die beliebte MDR-Fernsehserie „Elefant, Tiger & Co.“ berichtete über die ersten Blicke. Doch jetzt kletterte das Baby erstmals ganz heraus und beäugte neugierig Mamas Gesicht, deren Puschelohren und die verzückten Blicke der Besucherinnen und Besucher hinter der Glasscheibe seiner guten Stube. Für Erlinga ist es der erste Nachwuchs. Und wir zeigen exklusiv das erste Bild des Mini-Koalas außerhalb des Mama-Beutels. Wann das kleine Wesen tatsächlich geboren wurde, lässt sich jedoch nicht bestimmen.

Geboren als Gummibärchen

Kommt ein Koala-Baby zur Welt, passiert zunächst – eigentlich nichts. Kein Geschrei, keine Aufregung. Denn der frisch geborene Nachwuchs ist kaum größer als ein Gummibärchen. Nackt, blind und rosa. Und doch kennt dieses kleine Wunder schon den Weg, der nun zu absolvieren ist. Es krabbelt ohne fremde Hilfe durch das dichte Fell der Mutter hinauf in ihren Beutel. Ein Weg von nur wenigen Zentimetern, doch für so ein winziges Wesen ein riesiger Kraftakt. Im Marsupium (lat. für Beutel, Tasche) ist es warm und dunkel. Und es gibt von Anfang an Vollverpflegung: Die Milch fließt direkt aus einer Zitze.

Kind einer Prinzessin

Koala-Mama Erlinga wurde im November 2021 in Duisburg geboren und zog zwei Jahre später im Rahmen des Europäischen Erhaltungszuchtprogramms EEP nach Leipzig um. Ihr Name ist das weibliche Pendant zum männlichen, skandinavischen „Erling“, was soviel wie Prinz oder Thronfolger bedeutet. Ihren Prinzen, den ebenfalls in Duisburg geborenen Yuma, wird sie ihrem Nachwuchs jedoch nicht vorstellen können. Koalas sind Einzelgänger, gehen nach der Paarung generell getrennte Wege. Im Tierreich keine Seltenheit. So leben zum Beispiel auch Tiger, Schneeleoparden oder Luchse auf diese Weise.

Für Erlinga bleibt ihr Baby die nächsten Monate der Mittelpunkt. Erst nach einer etwa einjährigen Zeit, in der das Jungtier auf dem Rücken getragen wird, beginnt die Phase der Selbständigkeit.

Heiß geliebt und trotzdem in Gefahr

Koalas gehören zu den Knuddelfavoriten weltweit. Der 1880 von Margarete Steiff gegründete Plüschtierhersteller hat eine Kuschelkopie des Originals im Angebot,

Informationen

Geöffnet ist der Zoo von 9 – 17 Uhr. Ausnahmen sind der 24. Dezember (Heiligabend, 9 – 15 Uhr) und 31. Dezember (Silvester, 9 – 15 Uhr).

Online-Tickets gibt es ➔ [HIER](#). Erreichbar ist der Zoologische Garten mit der Straßenbahnlinie 12. Der Besuch ist barrierefrei möglich. Gäste mit Beeinträchtigungen erhalten ihre Tickets ohne Wartezeit an der Gruppenkasse im Safari-Büro, direkt links nach dem historischen Eingangsportal.

Fotos: Benjamin Weinkauff



Nach etwa 22 Wochen beginnen Koala-Babys, ihre Umgebung wahrzunehmen.
Es gibt etwa 700 Arten Eukalyptus. Nur 50 bis 60 von ihnen sind für Koalas verträglich. Eine Partnergärtnerei des Leipziger Zoos baut diese
Sorten an, damit die Tiere täglich frisches Grün füttern können.

Foto: Benjamin Weinkauff

GESELLSCHAFT

Zum Tod von Friedrich Magirius

Das Leben eines großen Versöhnlers.

Von Ralf Julke

Friedrich Magirius, hier im Jahr 2004, verstarb am Montag mit 95 Jahren.

Seinen 95. Geburtstag im Juni hat er noch erlebt. Am Montagmorgen, dem 13. Oktober, ist Friedrich Magirius gestorben. Auch wenn es in den letzten Jahren still geworden ist um den Mann, der 2022 Ehrenbürger der Stadt wurde: Vergessen war er nicht. Denn er gehörte zu den prägenden Gestalten der Friedlichen Revolution in Leipzig.

Damals war er Superintendent in Leipzig-Ost und – gemeinsam mit dem 2014 verstorbenen Christian Führer – Pfarrer an der Nikolaikirche. Und damit geradezu in einer prädestinierten Funktion als Vermittler zwischen den alten Machthabern und den jungen Revolutionären. Nicht ahnend, dass er so nach einer langen kirchlichen Laufbahn auch noch in die Politik geraten könnte.

Das geschah schon bald. Denn da ihn beide Seiten respektierten, war er der richtige Mann, der dann ab Januar 1990 zum Leiter der Runden Tische wurden, die im Neuen Rathaus tagten.

In seinem 2017 im Mitteldeutschen Verlag erschienenen Erinnerungsbuch „Gelebte Versöhnung“ formulierte er es so: „Schließlich wurde die Bitte an mich herangetragen, ab Januar die Moderation dieses Runden Tisches der Stadt Leipzig zu übernehmen. Die Idee kam von den Bürgerrechtlern, die sich mit den früheren Genossen auf mich geeinigt hatten. Mir wurde bedeutet, dass ich als jemand geschätzt werde, der zuhören kann und zu vermitteln versucht. Mir wuchs eine Aufgabe zu, die ich mir selbst nie gesucht hätte.“

Doch er meisterte die Aufgabe. Denn genau diese Eigenschaften waren es, die den Runden Tisch funktionieren ließen, die den geordneten Übergang der Stadtverwaltung überhaupt erst möglich machten. Interessen ausgleichen, konträre Positionen zu einer Lösung führen. Sorgsam, zugewandt. Auf einmal war ein Mann gefragt, der sich nicht so gern nach vorne drängte. Ein Vermittler eben, als der sich Magirius ein Leben lang verstand.

Keiner, der stürmt und drängt

„Denn ich bin ja keiner, der stürmt und drängt“, schrieb er. „Aber wo die Herausforderung am größten ist, wollte ich gern dabei sein.“

Vermitteln war auch vorher schon sein Metier gewesen, engagierte er sich als Pfarrer in Dresden für die Aktion Sühnezeichen, was ihm in Polen große Anerkennung verschaffte. Ab 1982 wirkte er als Superintendent an der Nikolaikirche, wusste also, wie man mit den Mächtigen umging. Das Gespräch offen hielt, selbst wenn die Konflikte nicht lösbar schienen.

Und dass der Runde Tisch bald ganz andere Aufgaben zu bewältigen hatte, wurde ja schon nach den ersten Sitzungen des deutlich, nachdem Oberbürgermeister Bernd Seidel zurückgetreten war und auch gleich noch die erst im Mai gewählte neue Stadtverordnetenversammlung geschlossen zurücktrat. Das

waren ja bekannterweise die gefälschten Wahlen gewesen, welche die Ereignisse des Jahres 1989 erst so richtig ins Rollen gebracht hatten.

„Wir standen vor einem Berg von Problemen, die wir praktisch lösen mussten: Wasserwirtschaft und Stadtreinigung, die Fortführung der Kliniken, die Neuordnung des Schulwesens, die Entstehung neuer Wirtschaftsstrukturen, die Messe und schließlich die Abwicklung der Stasi.“

Letztlich fungierte der Runde Tisch bis zu den Kommunalwahlen im Mai 1990 als eine provisorische Stadtverwaltung, gründete extra 24 Kommissionen, die über die Geschehnisse in der Verwaltung berichteten.

„Die Aufgabe am Runden Tisch der Stadt Leipzig nahm mich so in Anspruch, dass ich weder Zeit noch Gelegenheit hatte, mir Gedanken über die nächsten Schritte in meinem Leben zu machen.“

Tatsächlich hatte er in der Zeit zwei Jobs, denn seine Arbeit als Superintendent lief ja weiter. Und dann sollte er auch noch in die Politik: „Tatsächlich drängte man mich in die Kommunalpolitik. Am Runden Tisch wurde ich von mehreren Beteiligten beknetet, für die anstehenden kommunalen Wahlen zu kandidieren.“

Erster und letzter Stadtpräsident

Tatsächlich war es am Ende Hinrich Lehmann-Grube, der aus Leipzigs Partnerstadt Hannover nach Leipzig gekommen war, der ihn bestärkte darin, für den Stadtrat zu kandidieren. „Mein Bischof, der mich nach Leipzig geholt hatte, schrieb mir in einem Brief, dass er über meine Entscheidung, in die Politik zu gehen, sehr unglücklich sei.“

Tatsächlich amtierte Magirius bis zu seiner Emeritierung 1995 weiter als Superintendent. Zur Wahl am 6. Mai 1990 trat er als unabhängiger Kandidat – „Liste 25 Magirius“ – an und wurde gewählt. Und er wurde nicht nur einfacher Stadtrat. Denn am 30. Mai wählte ihn der 128-köpfige Stadtrat dann zum ersten und einzigen Stadtpräsidenten. „Die große Mehrheit war der Meinung, ich sollte



Friedrich Magirius während einer Gedenkansprache im November 2024.

die Erfahrung der Leitung des Runden Tisches in die neue Aufgabe einbringen. Ich nahm die Wahl an.“

Bis 1994 bekleidete er dieses Amt, unterstützte damit den zum neuen OBM gewählten Hinrich Lehmann-Grube bei der Neujustierung der Stadtverwaltung. Und ging dann 1995 tatsächlich in den Ruhestand. Die Arbeit als Stadtpräsident in diesen frühen 1990er Jahren hatte es in sich: „Als Stadtpräsident von Leipzig trug ich nun in besonders herausgehobener Position politische Verantwortung für die Stadt, die am Boden lag. Die wirtschaftliche Situation war desolat. Die Stadtkassen waren leer. Viele Häuser verrotteten vor sich hin. Die Menschen waren überfordert von dem ihnen übergestülpten neuen System. Oft konnten wir nur improvisieren.“

Manchmal sollte man sich einfach wieder an diese Jahre des Neubeginns erinnern.

Dass sein Amt als Stadtpräsident 1994 endete, hat mit der damals verabschiedeten neuen sächsischen Gemeindeordnung zu tun, welche die Doppelspitze OBM/Stadtpräsident abschaffte. Seitdem hat allein der Oberbürgermeister den Vorsitz in der Stadtverordnetenversammlung.

In den Folgejahren wurde es nach und nach stiller um ihn. Auch wenn sein Wirken nicht vergessen war. 2005 bekam er die Ehrenbürgerwürde von Leipzigs Partnerstadt Krakow verliehen, im selben Jahr die Ehrenmedaille der Stadt Leipzig. Der Stadtschülerrat, an dessen Gründung er beteiligt war, kürte ihn zum Ehrenmitglied. Und 2022 verlieh ihm dann der Stadtrat die Ehrenbürgerwürde der Stadt Leipzig. Einem großen Versöhner, als der er sich selbst immer sah.

Am 13. Oktober ist er nach einem mehrtägigen Krankenhausaufenthalt friedlich eingeschlafen. ■

Foto: René Loch

GESELLSCHAFT

Zwei Jahre nach dem Hamas-Massaker

Wenn das Mitgefühl nur für eine Seite reicht.

Von René Loch



Handala-Demo in Leipzig.

Mehr als 1.000 Menschen haben sich am Dienstagabend an der bislang wohl größten pro-palästinensischen Demonstration in Leipzig beteiligt. Teilnehmer*innen skandierten immer wieder „Hoch die internationale Solidarität“. Die Opfer des Hamas-Massakers am 7. Oktober 2023 waren damit aber offenbar nicht gemeint.

Mit der Parole „2 Jahre Genozid – 2 Jahre Widerstand“ hatte die palästinensische Gruppe Handala zu der Demonstration aufgerufen. Kritische Worte zum Hamas-Massaker seitens der Organisator*innen waren nicht zu erwarten, schließlich hatte Handala den 7. Oktober in der Vergangenheit mehrmals bejubelt beziehungsweise bestritten, dass es „Gräueltaten“ durch den „Widerstand“ gegeben habe.

Trotzdem erschienen laut Veranstalter*innen mehr als 1.000 Menschen

bei dieser Demonstration am zweiten Jahrestag des Hamas-Massakers. Die Leipziger Zeitung schätzt die Zahl der Teilnehmer*innen auf 1.000 bis 1.500, was bedeutet, dass es sich um die bislang wohl größte Demo dieser Art in Leipzig gehandelt haben dürfte. Ähnlich äußerten sich auch die Veranstalter*innen auf der Abschlusskundgebung vor dem LVZ-Gebäude im Peterssteinweg.

Kritik an LVZ, Universität und Flughafen

Dorthin waren sie nach dem Start an der Eisenbahnstraße und dem Durchqueren der Innenstadt gezogen, um gegen die Berichterstattung der Zeitung zu protestieren. Diese habe sich „mitschuldig am Völkermord“ gemacht. Mehrmals gab es „Kommt runter“-Aufforderungen an die Mitarbeiter*innen. Tatsächlich dürften die meisten schon im Feierabend gewesen sein. Eine Teilnehmerin lief zum

Gebäude, bespuckte die Scheibe und filmte sich dabei.

Redner*innen von Handala, „Young Struggle“, dem „Jüdisch-Israelischen Dissens“ und weiteren Gruppen waren auf der Abschlusskundgebung zu hören. Sie kritisierten unter anderem Waffenlieferungen über den Leipziger Flughafen und die Zusammenarbeit der Universität mit akademischen Einrichtungen in Israel. In der kommenden Woche soll an der Uni eine Kampagne namens „Akademische Komplizenschaft beenden“ starten.

Friedenspläne ohne Palästinenser*innen

Äußerst kritisch wurden die aktuellen Friedenspläne betrachtet. Palästinenser*innen seien bei den Verhandlungen außen vor geblieben und ausgerechnet Tony Blair soll den geplanten Frieden in

Fotos: René Loch

Protest gegen die Handala-Demo in Leipzig.



Handala-Demo in Leipzig.

Gaza verwalten. Auf der Demonstration wurde der ehemalige Premierminister des Vereinigten Königreichs wegen seiner Rolle im Irak-Krieg als „Schlächter“ bezeichnet.

Handala und die anderen Gruppen wünschten sich ein Ende der israelischen Besatzung und des militärischen Vorgehens im Gaza-Streifen – laut Redner*innen, Teilnehmer*innen und vielen internationalen Expert*innen ein Genozid.

Was an diesem 7. Oktober nicht zu hören war: Mitgefühl mit den Opfern des Hamas-Massakers. Stattdessen war beispielsweise auf einem Banner der kommunistischen Gruppe „Rote Wende“ mehrdeutig zu lesen: „Wo es Unterdrückung gibt, wird es Widerstand geben“. Zumindest in der Vergangenheit hatte die Gruppe betont, dass für die Hamas in einem „sozialistischen Palästina“ kein

Platz sei – aktuell im Kampf gegen die „Unterdrücker“ aber wohl kein Weg an ihr vorbeiführe.

Steinmeier-Besuch in Synagoge kritisiert

Neben den Opfern in Israel mussten auch viele Jüd*innen in Deutschland auf Mitgefühl seitens der Demo verzichten. Eine Rednerin bezeichnete es als „absurd“, dass Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier heute eine Synagoge in Leipzig besucht hat. Dabei sehen verschiedene staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen einen deutlichen Anstieg von Antisemitismus innerhalb der vergangenen beiden Jahre.

Während in Leipzig das Hamas-Massaker eher indirekt zur Sprache kam, wurde es anderenorts offen bejubelt. In Berlin hatte ein Bündnis für den 7.

Oktober zur Demo aufgerufen. Dort war im Aufruf von einem „heldenhaften Ausbruch aus dem Gefängnis“ die Rede; der Tag sei angesichts der jahrzehntelangen Vorgeschichte „gerechtfertigt“ gewesen.

Bemerkenswert: An dem Aufruf beteiligte sich auch eine Gruppe namens „Alliance of Internationalist Feminists“. Für diese Feminist*innen waren offenbar auch die sexuellen Gewalttaten durch Hamas-Mitglieder „heldenhaft“ und „gerechtfertigt“.

Selbstverständlich waren heute auch viele Äußerungen zu lesen, in denen das Leiden am 7. Oktober beklagt wurde, sich aber kein einziges Wort zu dem Leiden fand, das in den folgenden zwei Jahren an anderer Stelle stattfand und eine unmittelbare Folge des 7. Oktober war. Mitgefühl im Jahr 2025 reicht offenbar nicht mehr für alle, die es verdient hätten. ■

MOBILITÄT

Schneller nach Süden

Bürgerdialog zum Radschnellweg Leipzig-Markkleeberg ist gestartet.

Von Ralf Julke

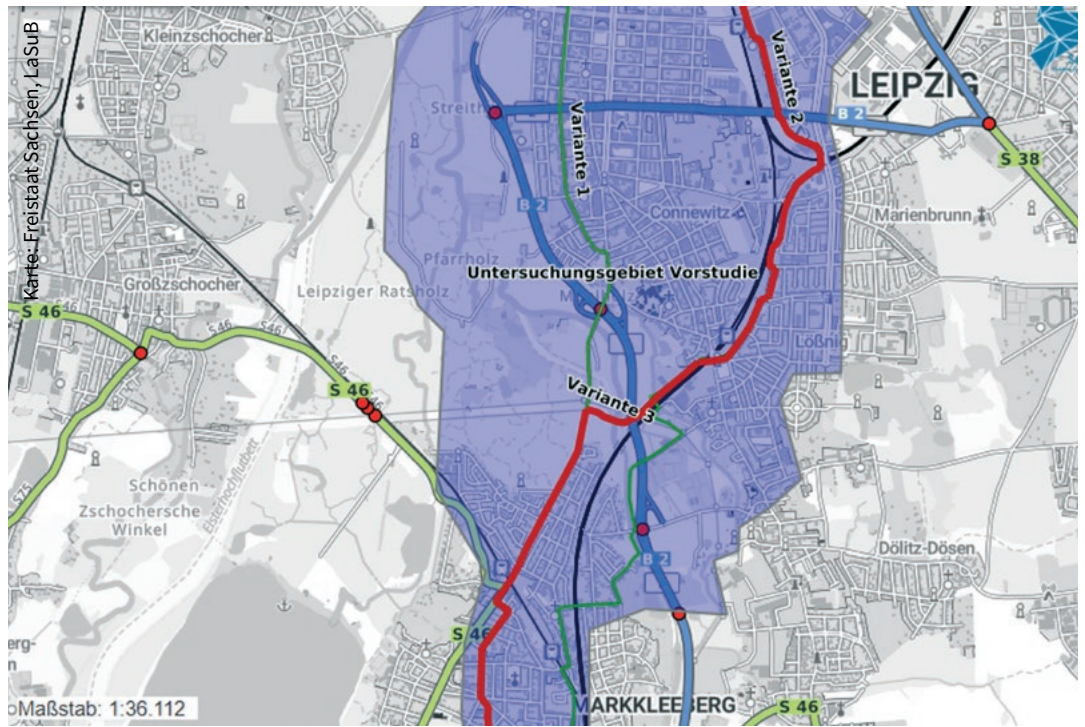
Am Donnerstag, dem 30. Oktober, startete der Bürgerdialog zum geplanten Radschnellweg R5 zwischen Markkleeberg und Leipzig. Fünf Wochen lang können sich Bürgerinnen und Bürger erstmals über das Vorhaben informieren und ihre Ideen, Hinweise und Anregungen zur geplanten Trassenführung über das Beteiligungsportal Sachsen einbringen, lädt die Landesdirektion Sachsen ein. Die künftige Strecke soll sich vom südlichen Stadtrand Markkleebergs bis zum Leipziger Promenadenring erstrecken.

Regina Kraushaar, sächsische Staatsministerin für Infrastruktur und Landesentwicklung, erklärt zum jetzt begonnenen Bürgerdialog: „Es ist mir besonders wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Planungsprozess des neuen Radschnellweges so früh wie möglich eingebunden werden. Mit ihren Ideen und Anregungen werden wir Sachsen fit für die Mobilität von morgen machen.“

Ich bin überzeugt: Dieser Radschnellweg wird den Alltag der Menschen vor allem im Norden Sachsens sicherer und schneller machen und ihnen – ob als Pendler, Radbegeisterte oder auf dem Schulweg – die Mobilität leichter machen.“

Nur: Es ist noch nicht absehbar, wann wirklich die Planungen für diesen Radschnellweg beginnen und wann er tatsächlich gebaut wird, auch wenn seit nunmehr sechs Jahren über diese Radschnellwege rund um Leipzig diskutiert wird. Das trifft auch auf den R3 zu, den Radschnellweg von Leipzig über Schkeuditz nach Halle und erst recht weitere Radschnellverbindungen nach Markranstädt, Taucha und Naunhof.

Ziel der Planungen von Radschnellverbindungen ist es, Pendlerinnen und Pendlern



Mögliche Streckenführung des Radschnellwegs Leipzig-Markkleeberg.

in urbanen Räumen attraktive Alternativen zum Auto zu bieten und damit zur Entlastung von Umwelt und Städten beizutragen. Radschnellwege zeichnen sich durch hohe Ausbaustandards, sichere und kreuzungsarme Streckenführungen sowie hohen Komfort für Radfahrende aus. Die Verbindung zwischen Markkleeberg und Leipzig ist Teil der landesweiten Radschnellwegkonzeption, in der 2019 elf potenzielle Korridore identifiziert wurden.

„Radschnellverbindungen sind ein zentraler Baustein einer gesunden und umweltfreundlichen Mobilität – und sie verbinden Menschen über Stadtgrenzen hinweg“, erklärt Thomas Dienberg, Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig.

„Ich freue mich sehr, dass wir eine durchgehende und attraktive Streckenvariante für eine Radschnellverbindung zwischen Leipzig und Markkleeberg gefunden haben, die den besonderen Anforderungen entspricht. Nun sind Ideen aus der Bürgerschaft zur weiteren Planung gefragt – denn diese Expertise vor Ort ist unverzichtbar für die Akzeptanz der Strecke.“

Nach Abschluss des Bürgerdialogs werden die Rückmeldungen zum R 5 ausgewertet und fließen in die weiteren Planungen ein. Die Vorstudie soll dem Bundesministerium für Verkehr zur Prüfung und Bestätigung der Förderfähigkeit vorgelegt werden.

Die Umsetzung soll dann abschnittsweise durch die Stadt Leipzig und den Freistaat Sachsen erfolgen.

Drei Routen im Vergleich

Grundlage für die Planungen zum Radschnellweg zwischen Markkleeberg und Leipzig ist eine Vorstudie, in der mehrere Varianten unter Berücksichtigung bestehender Wege, Lücken im Radwegenetz, umweltfachlicher Bedingungen und städtebaulicher Aspekte untersucht wurden.

In der Vorstudie wurden drei durchgängige Trassenvarianten entwickelt und bewertet:

Variante 1: Westliche Führung über bestehende Straßen durch dicht besiedelte Stadtteile – mit zahlreichen Kreuzungen und Konflikten mit dem Kfz-Verkehr,

Variante 2: Östliche Führung mit längeren kreuzungsfreien Abschnitten und städtebaulicher Einbindung – jedoch höherer baulicher Aufwand und Umwege,

Variante 3: Kombination beider Varianten mit direkter Führung in Markkleeberg und kreuzungsarmen Abschnitten in Leipzig – als Vorzugsvariante identifiziert.

Die Bewertung erfolgte nach Kriterien wie Verkehrsqualität, städtebaulicher Integration, Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. ■

PROZESSBEGINN AM LANDGERICHT

Vergewaltigung im Rosental vor über acht Jahren

Mutmaßlicher Serientäter kündigt Aussage an und will freikommen.

Von Lucas Böhme

Mit einem überraschenden Antrag auf Freilassung des Angeklagten und einer angekündigten Aussage begann am Donnerstag, dem 6. November 2025, der Prozess gegen einen 33 Jahre alten Mann vor dem Landgericht Leipzig. Die Staatsanwaltschaft hat Marcus L. unter anderem wegen sexueller Nötigung in drei Fällen, besonders schwerer sexueller Nötigung, gefährlicher Körperverletzung und besonders schwerer Vergewaltigung auf die Anklagebank gebracht.



Der Angeklagte Marcus L. (33, r.) mit seinem Anwalt Martin Radowsky

Erst als Zeugen aufmerksam wurden, flüchtete der Täter.

Zudem ordnen die Ermittler Marcus L. zwei Vorfälle im Rosental zu, bei denen der damals 25-Jährige am 14. August 2017 zwei weitere Frauen (43 und 84), darunter eine Joggerin, am bedeckten Intimbereich angefasst habe. Ein Opfer wurde zuvor brutal zu Boden gerissen. Zwei der Frauen, darunter das Vergewaltigungsopfer aus dem Rosental, haben sich dem Prozess als Nebenklägerinnen angeschlossen.

Polizei und Anklagebehörde machen den unscheinbar wirkenden Leipziger neben weiteren Taten für eines der schockierendsten Sexualverbrechen der regionalen Kriminalgeschichte verantwortlich: Es war am 31. August 2017, einem Donnerstagmorgen kurz nach 09:00 Uhr, als Marcus L. im Bereich der Hundewiese des Rosentals eine damals 69 Jahre alte Joggerin, kurz nachdem sie ihn überholt hatte, von hinten gepackt, durch Schläge ins Gesicht misshandelt und vergewaltigt haben soll.

Jahrelange Jagd nach einem Unbekannten

Nach der Tat ließ er die Frau, so die Anklage, einfach hilflos und blutend zurück, ihr Zustand war potenziell lebensbedrohlich. Die sportliche Seniorin wurde in einer Klinik notoperiert. Das brutale Sexualverbrechen bestimmte über Leipzig hinaus die Schlagzeilen, schürte Entsetzen und Unsicherheit – zumal die Polizei in der Befürchtung vor einem umherziehenden Serientäter offiziell riet, nicht mehr allein joggen zu gehen.

Die Streifenpatrouillen im Rosental wurden hernach verstärkt. Doch auf der Suche nach dem Phantom tappten die Ermittler trotz fieberhafter Fahndungsarbeit

jahrelang im Dunkeln. Der Durchbruch blieb aus.

Mutmaßlicher Serientäter wurde bei Baumarkteinbruch gestellt

Das änderte sich schlagartig im Frühjahr 2025: Bei einem nächtlichen Baumarkt-Einbruch in Leipzig-Seehausen am 9. Februar konnten herbeigeeilte Polizisten einen Einbrecher stellen, der es offenbar auf Grillzubehör abgesehen hatte. Eine Speichelprobe und deren Abgleich mit der Datenbank brachten zur Überraschung der Kripo mehrere Treffer beim Spurenmaterial unaufgeklärter Altfälle, darunter die Vergewaltigung aus 2017.

Schon zuvor wurde Marcus L. laut Anklage auffällig: Am 20. April 2016 soll er eine nackt badende Frau (damals 37) am Nordstrand des Cospudener Sees gepackt und intim berührt haben. Fast ein Jahr später, am 1. März 2017 gegen 21:45 Uhr, habe Marcus L. eine andere Geschädigte (damals 59) auf ihrem Heimweg in der Bernburger Straße verfolgt, durch Faustschläge zu Boden gestreckt, teilweise entkleidet und wiederum im Intimbereich angefasst.

Überraschender Antrag: Angeklagter will aus dem Knast

Zum Auftakt des Verfahrens wurde am Landgericht verlas Staatsanwalt Christoph Kruczynski zunächst nur die Anklageschrift. Verteidiger Martin Radowsky überraschte dann mit einem Antrag auf Außervollzugsetzung des Haftbefehls gegen seinen Mandanten. Als ein Grund wurde die schwere Erkrankung von dessen Vater genannt. Überdies habe Marcus L. in der Haftanstalt, wo er aktuell untergebracht ist, einen schweren Stand, weil sich herumgesprochen habe, was dem 33-Jährigen zur Last gelegt wird.

Die 6. Strafkammer unter der Vorsitzenden Richterin Katrin Seidel wird nun über den Antrag zu entscheiden haben. Zu den schweren Vorwürfen der Staatsanwaltschaft kündigte die Verteidigung ein, dass sich Marcus L. im Lauf des Verfahrens äußern wolle. Auch ein zumindest teilweiser Ausschluss der Öffentlichkeit vom Prozess steht im Raum, um die Privatsphäre der Opfer zu schützen.

Die Verhandlung fortgesetzt. Ein Urteil könnte nach jetzigem Stand kurz vor Weihnachten fallen. ■



Bodo Ramelow/Ilko-Sascha Kowalczyk,
Die neue Mauer: Ein Gespräch über den Osten,
C.H. Beck, 299 S.

ÜBERM SCHREIBTISCH LINKS

Mauerwerk und Nebel (I)

Linker Realpolitiker begegnet ostdeutschem Freiheitswächter
– Eine Literarische Kolumne.

Von Jens-Uwe Jopp

Fahren wir fort in der Betrachtung des erstaunlich konsensualen Gesprächs zwischen West-Politiker und Osthistoriker. Wobei diese Zuschreibung längst ungenau geworden ist. Beschreibt sie doch eine lokale und frühe Sozialisierung, längst aber nicht die politische Individuation bis in die Gegenwart. Kowalczyks Publikationen (u.a. „Freiheitsschock: Eine andere Geschichte Ostdeutschlands von 1989 bis heute“) aber auch seine Mitarbeit in verschiedenen Kommissionen zur „Aufarbeitung des SED-Unrechts“ lassen seinen politischen Standpunkt erkennen. Bodo Ramelow's Dekade als Ministerpräsident (2014-24) erhält von vielen in Ostdeutschland durchaus das Attribut „verdienstvoll“, war es doch dem ehemaligen, westdeutschen Gewerkschaftsfunktionär im Thüringer Freistaat gelungen, zum einen beruhigend und integrierend auf sozial-politische Veränderungen und Verwerfungen zu reagieren, zum anderen immer wieder zu versuchen, das Heft des politisch kommunikativen Handelns gegenüber den Rechtspopulisten in der Hand zu behalten. Kein leichtes Unterfangen für den Linkspolitiker Ramelow, dem bei Amtsantritt der Schwur zur Verurteilung der „DDR-Diktatur“ abgezwungen wurde und der später Landespolitik oft gegen den Widerstand seiner eigenen Parteifreunde pragmatisch durchsetzen musste.

Von Ramelow gibt es Sätze im Buch, die bleiben hängen. Beispielsweise „...“, dass wir einen Teil der Ostdeutschen in den

gesamtdeutschen Prozess nicht mitgenommen haben“. Erklärt er gleich im zweiten Kapitel von Die neue Mauer – ein Gespräch über den Osten“. Das klingt wie ein Eingeständnis – und ist doch zugleich ein hilfloses Ausweichen. Wie wäre es mit einem ehrlich-kritischen Blick zurück in die Geschichte, dem Beginn der Transformation 1989/90? Dann erinnert man sich, dass „der Zug“ der Deutschen Einheit 1990 damals viel zu schnell „abgefahren“ war.

Ramelow und Kowalczyk beschreiben im Kapitel Befindlichkeiten Ost-West eine alte, rituell wirkende Ratlosigkeit. Sie reden immerfort von enttäuschten Erwartungen, von der Dominanz westdeutscher Perspektiven, vom Fehlen ostdeutscher Stimmen in Politik, Medien, Kultur. All das stimmt, und doch bleiben der Blick subjektiv getrübt und die Rhetorik erstaunlich zahm. Als läge die Ursache des Problems hauptsächlich im Unverstandenen, nicht in einem Ungleichgewicht. Als ginge es darum, Gefühle zu therapieren, statt Strukturen zu verändern. Worum geht es beiden wirklich, fragt man sich.

Denn die ostdeutschen „Befindlichkeiten“, die Ramelow so betont, sind nicht bloße Wahrnehmungsprobleme. Sie sind sozialökonomische Fakten. Der Osten wurde nach 1990 nicht einfach „abgeholt“, sondern grundlegend umgebaut. Ganze Industrien verschwanden, Eigentum wanderte ab, Investitionsentscheidungen fielen anderswo. Kommunen wurden zu Antragstellern, nicht zu Gestaltern. Wer

heute durch die Landkreise in Sachsen-Anhalt, Thüringen oder Brandenburg fährt, sieht, dass die Lücken in der Infrastruktur keine Einbildung sind. Es fehlt an Ärztinnen und Ärzten, Buslinien, Ausbildungsplätzen, an Hoffnung, wenn die Kinder wegziehen. Ramelow und Kowalczyk wissen das, aber sie deuten es vorrangig als ein - zudem oft gefühltes - Partizipationsproblem. „Uns geht's doch eigentlich gut, man muss ja nicht alles schlechtreden“ – dieser Satz umnebelt atmosphärisch das ganze Gespräch. Verantwortung der herrschenden Politik und Veruntreuung von Wählervertrauen?

Schief wirkt deshalb Kowalczyks These von der „historisch bedingten Freiheitsunfähigkeit“ vieler Ostdeutscher: Das „ancien régime“ war schuld, aber irgendwie auch die Menschen selbst, die sich zu lange daran gewöhnt hätten, geführt zu werden. Das ist bequem – und falsch. Denn gegebene Freiheit, die auf ungleichen Ressourcen beruht, ist keine Tugendfrage. Wenn ganze Regionen wirtschaftlich entkernt werden, wenn Entscheidungsmacht, Kapital und Zukunftserwartung außerhalb liegen, dann ist die viel beschworene Freiheitsfähigkeit auch eine Frage von sozioökonomischen Strukturen. Und solange diese Strukturen bestehen, bleibt das Freiheitsdefizit nicht nur mental, sondern materiell bestehen. Es lässt sich nicht durch Rhetorik beheben, sondern nur durch politische Neuverteilung von Chancen, Besitz und Gestaltungsmöglichkeiten.

Im neunten Kapitel, Ostdeutschland als Frühwarnsystem? soll es dann ans „Eigemachte“ gehen. Aber es wird eine Zeitlang über den Osten „wie über Disneyland“ (Kowalczyk) gesprochen, indem zumeist die falschen Analysen und Haltungen vom BSW über Oschmann bis zu Jenny Erpenbeck kritisiert werden. „Ostdeutschtümelei“ nennt Kowalczyk das, nicht zum ersten Mal. Es wird in der wiederholten Verurteilung nicht besser.

Sein Befund auf S. 267: „Aber im Osten ist es nicht putzig, im Osten bündeln sich die Probleme. Manche lassen sich gleichzeitig auch woanders beobachten, andere werden hier nur vorweggenommen. Im Osten geschieht vieles politische Negative oder Reaktionäre früher, schneller und radikaler als anderswo. Das hängt mit der doppelten Transformationserfahrung zusammen, über die wir sprachen.“

Das ist insofern richtig gedacht, weil es den Osten aus einer einseitigen Opferrolle befreit und ihn als Spiegel gesamtdeutscher Entwicklungen begreift. Doch auch hier bleibt die Metapher bequemer, als sie scheint. Laut Kapitelüberschrift darf ein Frühwarnsystem nicht nur Alarm schlagen, es muss Konsequenzen haben. Wer die Warnung ernst nimmt, muss bereit sein, die Ursachen zu benennen – nicht nur die Symptome. Und diese Ursachen liegen nicht in der Psyche „der Ostdeutschen“, sondern in der Struktur der Republik.

Solange systemische Fragen im Nebel verschwinden, bleibt die neue deutsche Teilung bestehen – nicht als ideologische Mauer, sondern als strukturelle. Verfassungsnovelle und Kinderhymne nach Brecht – so Ramelows Vorschläge – ob sie die neue deutsche Teilung verkleinern? Das bleibt abzuwarten. Fazit: Man könnte die Dinge konkreter beim Namen nennen: Es geht um Eigentum, Macht, Kapital – nicht nur um Gefühle Wahrnehmungsstörungen der anderen. Aber das ist unpopulär, weil es unbequem ist. Ramelow und Kowalczyk haben mit Die neue Mauer ein Buch geschrieben, das anregt zu denken, weil es Widersprüche zeigt – aber sie nicht zu Ende bringt. Es bleibt beim Nebel, wo Klarheit nötig wäre. Wer Mauern einreißen will, braucht keinen Hammer, sondern Mut, das Offensichtliche auszusprechen. ■



Brandmauer – einst gebaut, um Feuer aufzuhalten, heute Sinnbild für Schutz durch klare Grenzen.

Foto: Hagen Wiel



CULTURE-TOPIA

Der Frieden als metatropischer Zustand des Daseins

Von Konstanze Caysa

Frieden ist kein Zustand zwischen Menschen, sondern ein Zustand des Daseins in sich oder: des Einzelnen, der Existenz an sich selbst. Frieden ist ereignis- und momenthaft und im Grunde nicht planbar. Er tritt ebenso plötzlich ein wie er auch wieder verschwindet oder zu entschwinden droht. Als Empraxis ist er die Stimmigkeit des Prozesses, des individuellen Lebensvollzugs, in der das Tun nicht gegen das Denken, das Denken nicht gegen das Fühlen, und das Fühlen nicht gegen den Leib steht. Frieden ist die unangestrenzte Gleichzeitigkeit des Lebendigen mit sich selbst.

Philosophisch gesehen ist der Friede nicht das Ende eines Konflikts, sondern das Durchlaufen desselben in eine andere Dimension. Er ist die metatropische Wendung, die intrapersonelle Kehre des Individuums in sich zwischen Heteronomie und existenziellem Selbstdenkertum als denkender leiblicher, keineswegs rein rationaler Erkenntnis.

Frieden ist nicht Zustand der Abwesenheit eines Gegenübers, eines Anderen, sondern Triebfeder der freien Zusammenkunft – die Fähigkeit, das Gegeneinander im Inneren als innere Erfahrung nicht nur auszuhalten, sondern je intrapersonell als Steigerung der je eigenen inneren Erfahrung zu bejahen und dieser so intensiv Ausdruck zu verleihen. Frieden ist weltenformend, er trägt zur Formgebung

existenzieller Weltenschöpfung bei – der inneren Welt Form zu geben und im Ausdruck der Realität zugänglich zu machen, bedeutet: ihn, den Frieden als Zustand, tatsächlich verwirklichen!

Die empraktische Dimension des Friedens liegt darin, dass er nicht gedacht, sondern gelebt ist. Frieden geschieht im Tun wie im Atmen, im Gehen, im Hören. Er ist eine empraktische Grammatik des Gleichgewichts, eine leibliche Weise, Welt nicht zu besitzen, sondern in ihr zu wohnen. Wer im Frieden ist, steht nicht außerhalb der Welt, sondern ist in sie eingelassen, so wie ein Stein in den Boden sinkt, ohne ihn zu beherrschen. Diese Einlassung ist keine Passivität, sondern die höchste Form der Tätigkeit: das Tun, das nichts will außer sich selbst.

So verstanden ist Frieden kein moralischer Begriff, sondern ein onto-empraxeologischer, der das Individuum radikal – seine gesamte Existenz betreffend – erfasst, ihm widerfährt zum Umgang mit ihm nötigt. Es muss das Individuum mit eben seinem je besonderen Sein – dem Dasein – umgehen lernen, um den Frieden als ebenfalls notwendigen Sehnsuchtspunkt begehren zu können. Das Dasein ist Sein im Vollzug.

Als Metatropie ist Frieden ein zweites Erwachen des Menschen, der darin gleichzeitig Individuum ist und exemplarisch für die Menschheit überhaupt steht.

Nicht mehr das Erwachen in die Welt, sondern in die eigene Zeitlichkeit. Der Friedliche lebt nicht schneller oder langsamer, sondern er lebt zeitgerecht. Er findet das Maß, das seiner Existenz entspricht, und verliert damit die Gewalt des Sollens. Frieden ist das Maß im Vollzug, das Selbstmaß, das sich in der Erfahrung der Dauer bildet. So wird Frieden zu einer Form der Freiheit: der Freiheit von der Maßlosigkeit.

Frieden und Freiheit und Freundschaft

Die Freiheit im Frieden ist nicht Wahlfreiheit, sondern Befreiung vom Zwang, etwas anderes sein zu müssen. Sie ist der Zustand, in dem das Selbst in seiner Form ruht, ohne Stillstand zu werden. In der empraktischen Haltung ist diese Freiheit spürbar als eine Weite des Leibes, als Raum im Inneren, als Atem, der sich nicht mehr gegen etwas richtet. Der Leib ist dann nicht Werkzeug, sondern Welt. Frieden heißt: Leibsein, ohne ihn zu besitzen.

Mit der Freundschaft teilt der Friede die Struktur des Einlassens. Freundschaft ist die Form, in der sich Frieden nach außen wendet. Sie ist das Empraktische im Zwischen zweier Wesen. Freundschaft verlangt keine Identität, sie verlangt Resonanz. Der Freund ist nicht Spiegel, sondern Mitklang. In der Freundschaft erfährt das Selbst, dass es nicht allein



sein muss, um ein Ganzes zu sein. Friedliche Freundschaft ist die Kunst, einander Raum zu lassen, ohne sich zu verlieren als eine Form des Mitseins, die die Grenzen achtet, ohne sie zu verhärten.

Liebe ist die Intensivform dieses Friedens. Doch während Freundschaft die Balance sucht, wagt Liebe die Entgrenzung. Der Liebende ist nicht friedlich, weil er ruhig ist, sondern weil er noch im Sturm selbstmaßhaltend und sich darin als Intensität steigernd wieder und wieder eigene Grenzen transzendiert. Liebe ist der metatropische Versuch, Frieden in der Ekstase zu finden als das Gleichgewicht im Überschwang. Wo der Hass das Gegenüber vernichten will, will die Liebe es bewahren, und doch verwandeln. Der Friede der Liebe besteht darin, das Andere sein zu lassen, ohne es aufzugeben.

Und die Würde? Sie ist der Grundton des Friedens. Würde heißt: sich selbst nicht verfehlen. Der Friedliche wahrt die Würde, weil er nicht aus der eigenen Mitte fällt. Würde ist die Form, in der

sich Frieden zeigt, wenn er zur Haltung wird. In der Würde ist der Mensch nicht über, nicht unter, sondern bei sich. Sie ist die vertikale Achse des Friedens als jene unsichtbare Linie, die den Leib in die Zeit stellt.

Philosophisch betrachtet bedeutet Frieden für die Existenz des Einzelnen: im Einklang mit der eigenen Metatropie zu leben. Das heißt, die Wandlungen des Lebens nicht als Brüche, sondern als Übergänge zu verstehen. Frieden ist das Vertrauen in die Bewegung, die durch uns hindurchgeht, und die wir doch sind. Der unruhige Mensch will festhalten; der friedliche Mensch lässt sich halten - von der Welt, vom Atem, von der Zeit.

Das empraktische Denken fährt den Frieden dorthin zurück, wo er immer schon war: in die Praxis des Lebens selbst. Kein politisches Programm, keine moralische Tugend, sondern eine empraktische Kunst des Gleichgewichts. Wer diese Kunst übt, lebt metatropisch, das heißt: in der Wendung. Er erkennt, dass Frieden nicht heteronom oktroyiert,

als ein gesollter Zustand gemacht ist, sondern nur geschehen kann, und zwar dort, wo der Mensch aufhört, gegen sich zu handeln.

Frieden ist damit das höchste Maß der Selbsttransformation. Er ist die Auto-Evolution der Existenz in Richtung ihres eigenen Maßes. Das Wesen des Friedens liegt in der Stimmigkeit zwischen innerer Zeit und äußerer Welt. Nur wer die eigene Zeit gefunden hat, kann in der Welt friedlich sein. Denn der Unfrieden des Einzelnen ist nichts anderes als der Konflikt zwischen fremder und eigener Zeit.

So verstanden ist Frieden die stille Revolution des Selbst. Die metatropische Umkehr der Gewalt in Maß der Selbstermächtigung, des Willens in Willen zur Selbstmacht, des Begehrens in sich selbst vollendende und das heißt, sich als Selbstlebendigkeit wieder und wieder neu gebärende Sehnsucht – als ein wesentlicher Teil der großen Sehnsucht des Leibes. ■

➔ www.empraxis.net

Die Tageszeitung ohne Volk
www.L-I-Z.de

